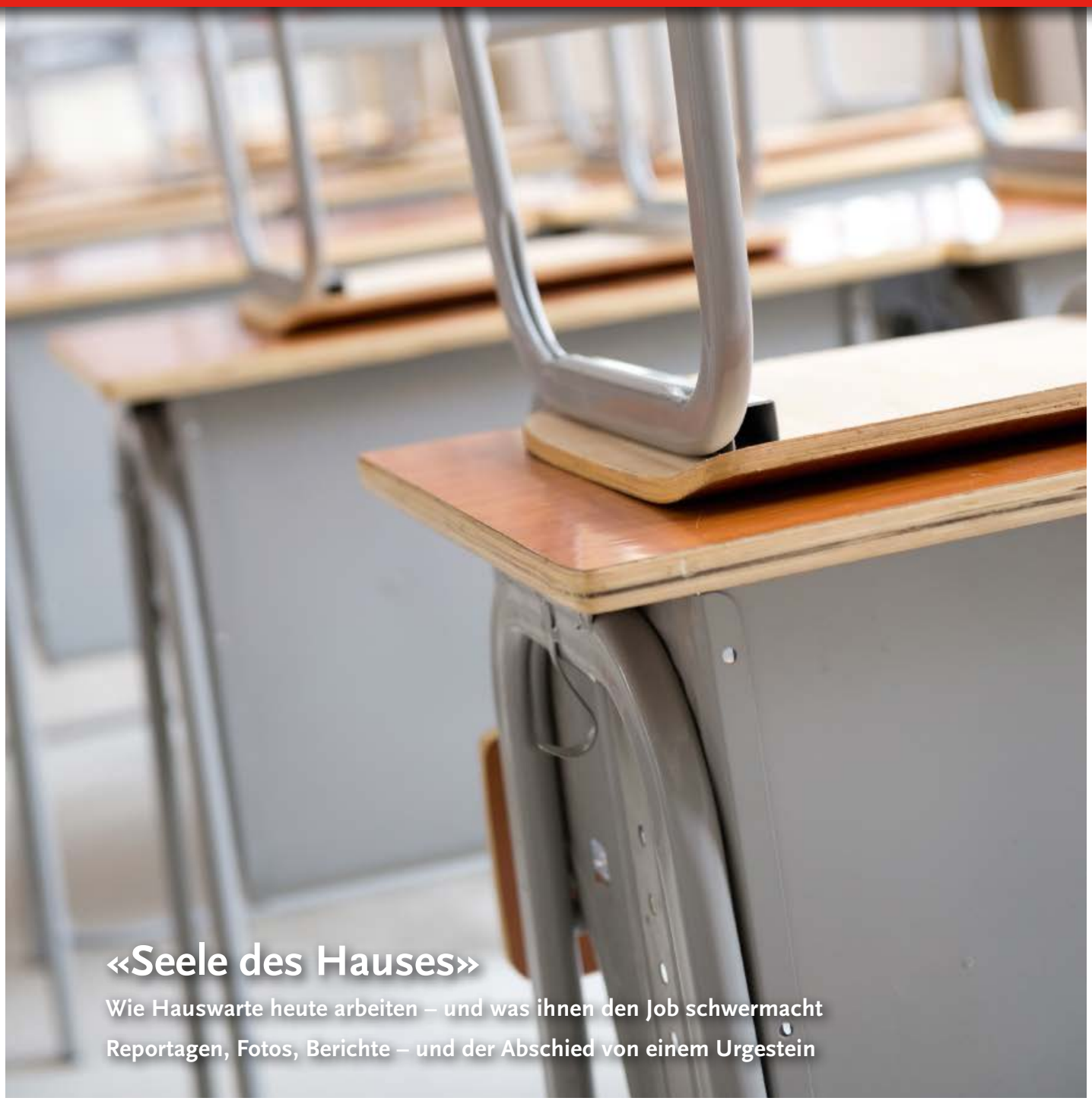
Juni 2017
Das VPOD-Magazin erscheint 10-mal pro Jahr

Die Gewerkschaft
Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste

VPOD



«Seele des Hauses»

Wie Hauswarte heute arbeiten – und was ihnen den Job schwermacht

Reportagen, Fotos, Berichte – und der Abschied von einem Urgestein

Braucht eine Bank Freunde?

Aber ja doch! Umso glücklicher sind wir, den VPOD auch weiter an unserer Seite zu wissen und seinen Mitgliedern exklusive Vorteile zu bieten.

Bank
Banque
Banca
CLER

Themen des Monats

5 **«Realisieren, was abgeht»**
Wolfgang Mueller, Präsident der Gesundheitskommission

6 **Gefährliche Spirale**
Unverständlicher Kurswechsel im Beschaffungswesen

7 **Für bezahlbare Kitas**
Richtige Weichenstellung des Nationalrats

8 **Erste und beste Säule**
Warum es wichtig ist, die AHV zu stärken

9 **Kür in Kyoto**
Zu Besuch bei den Berufsfeuerwehrleuten in Japan

11–15 **Dossier: Wartung und Reinigung**
Klein, aber oho: «Eintracht Hausdienst»
Kotzende Kinder und sonstige Unwägbarkeiten
Hauswarten bei der Arbeit über die Schulter geschaut

Rubriken

4 **Gewerkschaftsnachrichten**

10 **Aus den Regionen und Sektionen**

17 **Susi Stühlinger:** Fitness

18 **Wirtschaftslektion:** Arbeitszeit besser verteilen

19 **Wettbewerb:** Namensvettern

20 **VPOD aktuell**

21 **Hier half der VPOD:** Das Vortrittsrecht gilt

22 **Solidar Suisse:** Eine Chance für Suhejla

23 **Menschen im VPOD:** Köbi Hauri tritt ab

Redaktion/Administration:
Postfach 8279, 8036 Zürich
Telefon 044 266 52 52, Telefax 044 266 52 53
Nr. 5, Juni 2017
E-Mail: redaktion@vpod-ssp.ch | www.vpod.ch
Erscheint 10-mal pro Jahr

Christoph Schlatter ist Redaktor des VPOD-Magazins

Herr Engels und die digitale Katze

Obwohl heute alle von Digitalisierung sprechen, scheint wenig wirklich Neues darin zu stecken. Wir müssen wohl Marx und Engels bemühen – vermutlich handelt es sich um den von ihnen beschriebenen Sprung: Rein quantitative Vorgänge schlagen an einem bestimmten Punkt in eine neue Qualität um. Computer, Netze, Mobilfunk gab es länger schon. Aber die Menge von Daten und Knoten lässt jetzt neue Arbeitsformen spriessen. Vierte industrielle Revolution nennt man das auch. Marx und Engels waren Zeugen der ersten. Damals veränderte die Dampfmaschine die Produktion und das Transportwesen Europas fundamental. Es kam zu enormen Verwerfungen. Ein paar wenige wurden unermesslich reich. Andere verloren Brot und Heimat, vor allem aber die Orientierung und den Lebenssinn.

1840er Jahre. Fabrikantensohn Friedrich Engels erkundet die «Lage der arbeitenden Klassen in England». Sein Befund ist erschütternd. Hatte es so stickiges, drückendes, schmutziges Elend je zuvor gegeben? Bei aller Kargheit, Pest und Hungersnot der Jahrhunderte davor: wohl nur selten in dieser Masse und Dichte. (Früher ist man früher gestorben, sozusagen.) Jetzt aber, in den Städten: erbärmliche Wohnverhältnisse, katastrophale Gesundheitsfolgen der Arbeit an Spinn- und Webmaschinen, entsetzliche Perspektivlosigkeit von Millionen.

Ein Problem haben wir auch 170 Jahre später nicht im Ansatz gelöst: Den Produktivitätsfortschritt greifen sich wenige ab. Schlag nach bei Engels: «Da gleich die erste Erfindung, die Jenny, von *einem* Arbeiter getrieben, wenigstens das Sechsfache von dem lieferte, was das Spinnrad in gleicher Zeit machen konnte, so wurden durch jede neue Jenny fünf Spinner brotlos.» Der Historiker Tobias Straumann behauptet zwar in *NZZ Geschichte*, es gebe heute Grund zu globaler Zuversicht. Auch mit Afrika gehe es langsam aufwärts. Aber müssen denn jedesmal Jahrhunderte vergehen und Generationen ins Elend gestürzt werden, bis Erfindungen auch der breiten Masse nützen?

Wenn die digitale Revolution anders verlaufen soll, dann wird man Regeln brauchen. Und starke Gewerkschaften von Anfang an, die den Mehrwert breit verteilen. Der VPOD ist in einer relativ komfortablen Lage. Zwischenmenschliche Dienstleistungen kann man nicht so einfach digitalisieren. Jedenfalls braucht man nicht alles zu glauben, was selbsternannte Zukunftsforscher so von sich geben. Pflege durch Computer? Der Lebendversuch zeigte zwar, dass die Roboterkatze als Gegenüber für demente Betagte durchaus positive Wirkung hatte. Als erfolgreicher erwies sich allerdings im Quervergleich die herkömmliche Plüschkatze ohne digitales Innenleben. (Die echte Katze und den lebendigen Menschen hat man vorsichtshalber gar nicht getestet.)

Windkraft: Die Energiewende kommt.

Schwerkraft: Den öffentlichen Verkehr braucht's.

Erfreuliches Ja zum Energiegesetz

Der VPOD ist erfreut über die klare Zustimmung zur Energiestrategie 2050. Damit sind die Weichen richtig gestellt: Die Schweiz wird auf eine Versorgung aus einheimischen und erneuerbaren Quellen umsteigen, was sich nicht nur auf das Klima, sondern auch auf den Werk- und Wissensplatz Schweiz positiv auswirken wird. Die Bevölkerung will keine Experimente, keine AKW – und keine Totalliberalisierung des Strommarktes. | *vpod (Foto: kickimages/iStock)*

Drucker: So nicht!

Syndicom und Syna haben die Delegierten des Druckunternehmerverbandes Viscom mit Protesten zu deren Versammlung in Lugano empfangen. Grund: Viscom hat das Verfahren für die Allgemeinverbindlicherklärung des GAV torpediert, trotz gegenteiliger Absichtserklärung in den Verhandlungen und obwohl die notwendigen Quoren erreicht sind. Die Politik des Branchenverbandes ist unverständlich, denn er unterstützt so nicht seine Mitglieder, sondern die Schmutzkonkurrenz ausserhalb des Verbandes. | *slt/syndicom*

SEV-Kongress: Kein Mensch braucht Fernbusse

Mit seiner Bewilligung für das Busunternehmen Domo-Reisen, in der Schweiz ab Juni Fernbuslinien zu betreiben, erregt das Bundesamt für Verkehr (BAV) den Zorn der Gewerkschaft SEV. Der Entscheid torpediert die Verlagerung auf die Schiene. Domo-Reisen hat es offensichtlich auf die profitabelsten Strecken abgesehen und schwächt dort die Bahn, die auch wenig rentable Regionallinien betreibt. Auch an seinem Kongress hat der SEV gegen die BAV-Politik protestiert. Eine symbolische Aktion stand unter dem Motto «Wir lassen den öffentlichen Verkehr nicht fallen»; die Gewerkschaft erwies sich in dem Szenario als Retterin des Service public. Der zunehmenden Gewalt gegen das Verkehrspersonal soll mit der Einrichtung einer nationalen Meldestelle begegnet werden. Viele Unternehmungen sind im Kampf gegen Übergriffe schlecht gerüstet; eine seit Jahren bestehende Charta des SEV wird vielerorts nicht umgesetzt. | *sev/slt (Foto: SEV)*

Garanto reicht's

An der (ersten) Delegiertenversammlung von Garanto, der Gewerkschaft des Zoll- und Grenzwachtpersonals, wurde Finanzminister Ueli Maurer ermahnt: «Es esch gnueg Heu donde!» (welcher Dialekt auch immer das ist, er wird schon verstanden haben). Garanto hat die Spar- und Abbauprogramme beim Bund jedenfalls satt. Die verabschiedeten Resolutionen verlangen eine Reallohnerhöhung und einen substanziellen Beitrag des Bundes an die Pensionskasse Publica. | *garanto/slt*

Entlassungswelle bei Vögele/OVS …

Der Modekonzern Charles Vögele/OVS hat eine erneute Massenentlassung angekündigt. Die Stellen von über 100 Beschäftigten an den Schwyzer Logistikstandorten Pfäffikon und Freienbach gehen verloren. Die Gewerkschaft Unia verlangt ein Konsultationsverfahren, das diesen Namen auch verdient. | *unia*

… und bei Novartis

Der Pharmakonzern Novartis will 500 Stellen in der Schweiz abbauen. Betroffen sind Entwicklung, Pharma-Management, Business-Services sowie Finanzen, Personalwesen und IT. Für die 500 Betroffenen ist das ein Schock und angesichts der satten Gewinne von Novartis nicht nachvollziehbar. Die Unia fordert von Novartis, dass es keine Entlassungen gibt. Die ebenfalls angekündigten, neu zu schaffenden 350 Hightech-Stellen müssen mit den bisherigen Beschäftigten besetzt werden. Dazu muss der Konzern den Betroffenen Weiterbildung und Training sowie eine neue Stelle anbieten. | *unia*

Neuer GAV für die Textilindustrie

Die Gewerkschaften Unia und Syna und der Arbeitgeberverband Swisstextiles haben einen neuen Gesamtarbeitsvertrag für die Textil- und Bekleidungsindustrie abgeschlossen. Er ist bis 2021 gültig und bringt trotz schwieriger Wirtschaftslage Verbesserungen, etwa bei den Mindestlöhnen (plus 2,5 Prozent) und der Mitwirkung der Beschäftigten in den Betrieben. Zudem konnte für zentrale Bestimmungen der Geltungsbereich auf das administrative Personal und die Lernenden ausgeweitet werden. Erfreulich ist auch ein verstärkter Kündigungsschutz für ältere Beschäftigte. | *unia*

Wolfgang Mueller, Freiburg, ist neuer Präsident der VPOD-Verbandskommission Gesundheit

«Realisieren, was abgeht»

Die Herausforderungen für den VPOD im Gesundheitswesen sind kolossal. Der neue Präsident der VPOD-Verbandskommission Gesundheit, Wolfgang Mueller, will alle Register ziehen. | **Interview:** *Guy Zurkinden, Redaktor «Les Services Publics»*
(Foto: Eric Roset)

***VPOD-Magazin:* Du bist soeben zum Präsidenten der VPOD-Gesundheitskommission gewählt worden. Was treibt dich zu diesem Engagement an?**
Wolfgang Mueller: Ich arbeite in einem öffentlichen Spital – im HFR Freiburg –, das unter heftigem Privatisierungsdruck steht. Es gibt mehrere Akteure, die auf eine Liberalisierung drängen: der Kanton, die Krankenkassen, die Privatkliniken und der Bund. Alle haben sie ihre eigenen Interessen. Daher ist es wichtig, dass wir als VPOD auf nationaler Ebene eine Strategie entwickeln, wie wir gegen diese Bestrebungen ankommen. Denn sie bedrohen die Gesundheit der Beschäftigten ebenso wie die Sicherheit der Patientinnen und Patienten. In meinem neuen Amt werde ich versuchen, alle Register zur Verteidigung des Service public zu ziehen. Und ich werde mich dazu auf sehr motivierte und kreative Mitglieder stützen können.

Wolfgang Mueller macht dem warnstreikenden Wäschereipersonal Mut.

Die Privatisierung schreitet voran, die Arbeitsbedingungen verschlechtern sich, Personalgesetze und GAV kommen unter Druck, die privaten Gesundheitskonzerne schielen auf die lukrativen Teile des Kuchens. Kurz: Der aktuelle Befund ist eher düster.
Ja, wir nähern uns rapide einer Zweiklassenmedizin, und der Service public droht zu einem Minimalservice zu verkommen. Wohin das führt, lässt sich in den USA beobachten: Dort sind die Kosten des Gesundheitswesens exorbitant – und trotzdem haben die Ärmsten keinen Zugang. Es ist allerhöchste Zeit, dass sich die Menschen gegen diesen Kahlschlag zu wehren beginnen. Nur so können wir verhindern, dass klammheimlich Spital um Spital, Kanton um Kanton der Privatisierung anheimfallen.

Seit einigen Jahren tobt auch im Kanton Freiburg ein heftiger Kampf ums öffentliche Spital. Wie hat der VPOD vor Ort reagiert? Liesse sich diese Strategie auf nationaler Ebene übernehmen?
Erst einmal geht es darum, überhaupt zu realisieren, was abgeht. Die Leute müssen sich bewusst werden, was auf dem Spiel steht. Wir gehen mit unseren Vertrauensleuten in die Betriebe, zu den Beschäftigten. Diese Arbeit braucht einen langen Atem, aber sie zahlt sich aus. An einigen Orten funktioniert sie schon gut, anderswo kann man davon lernen. Die Kommission kann jedoch nicht die Arbeit vor Ort übernehmen. Ihre Aufgabe ist es, jenen «an der Front» Werkzeuge und Materialien zur Verfügung zu stellen.

Es gibt im VPOD-Gesundheitsbereich unterschiedliche Traditionen und Berufsgruppen. Wie bekommt man die unter einen Hut?
Natürlich sind unsere Kämpfe auf die jeweilige Arbeitsstätte zugeschnitten. An jeder Einrichtung gibt es konkrete Probleme, die wir mit den Beschäftigten benennen müssen. Trotzdem gibt es natürlich Übergreifendes. Die Verteidigung und womöglich die Verbesserung der Arbeitsbedingungen ist zentral. Die geltenden Gesetze oder GAV sichern den Arbeitnehmenden ja auch Rechte zu. Wenn jemand diese Errungenschaften angreift, dann wehren wir uns.

Was hat die Kommission als nächstes vor?
Der erste Schritt ist die Information. Um uns gegenseitig auf dem Laufenden zu halten, haben wir eine Internetplattform für den Austausch von Dokumenten geschaffen. Aber es braucht natürlich auch Material, das in den Betrieben verwendet werden kann. Eine kleine Broschüre zur Arbeitszeit könnte ein guter Anfang sein.

Letztes Jahr hat der VPOD einen nationalen Aktionstag lanciert. Ein Erfolg?
Die Bilanz fällt eher durchzogen aus. Es gab mancherorts gute Aktionen, anderswo lief wenig bis nichts. Zum einen liegt das daran, dass wir einfach zu wenige Sekretärinnen und Sekretäre vor Ort haben. Aber vielleicht war es auch naiv zu glauben, ein solcher Aktionstag funktioniere auf Anhieb. Wir müssen noch mehr Ressourcen in den Gesundheitsbereich stecken, denn die Herausforderungen sind kolossal. Gleichzeitig ist das Gesundheitswesen eine Branche, in der der VPOD wachsen kann – was «mein» VPOD Freiburg bewiesen hat.

Unverständlicher Kurswechsel des Bundesrats im öffentlichen Beschaffungswesen

Gefährliche Spirale

Der Bundesrat will das öffentliche Beschaffungswesen revidieren. Viel Problemgespür zeigt er dabei nicht. Sein Vorschlag, auf das Leistungsortsprinzip zu verzichten, würde zu massiv mehr unlauterem Wettbewerb und Dumping führen. | Text: *Luca Cirigliano, SGB-Zentralsekretär (Foto: jassifoto/photocase.de)*

Gefährliches Spiel und Spirale nach unten: Das Herkunftsortsprinzip hat im Beschaffungswesen nichts verloren.

In der Totalrevision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen (BöB) schlägt der Bundesrat einige verquere Neuerungen vor. Die gefährlichste: Er will das Leistungsortsprinzip durch das Herkunftsortsprinzip ersetzen. Was bedeutet das? Es geht um die Frage, welche Arbeitsbedingungen ein Unternehmen einzuhalten hat, wenn es sich um einen öffentlichen Auftrag bewirbt. Das bisher gültige Leistungsortsprinzip verlangt die Beachtung der Arbeitsbedingungen, die am Ort der Arbeitsausführung gelten. Beim vom Bundesrat ins Spiel gebrachten Herkunftsortsprinzip gelten für offerierende Unternehmen die Bedingungen an deren Sitz- oder Niederlassungsort.

Spirale nach unten

Beispiel: Eine Firma aus dem Tessin, die in Zürich für den Bau einer grossen Halle offeriert, hat beim Leistungsortsprinzip die Löhne am Standort Zürich zu respektieren, beim Herkunftsortsprinzip kann sie mit den Tessiner Löhnen operieren. Beim Herkunftsortsprinzip sind also Anbieter aus Kantonen mit guten Arbeitsbedingungen im Vergleich zu Anbietern aus «Niedriglohn-Kantonen» im Nachteil. Um mithalten zu können, müssten sie eine Verschlechterung der eigenen Arbeitsbedingungen anstreben. Fazit: Das Herkunftsortsprinzip würde in eine Spirale nach unten münden.

Das Leistungsortsprinzip ist zentral für alle, die die orts- und branchenüblichen Löhne und Arbeitsbedingungen schützen wollen. Es ist denn auch ein Herzstück der flankierenden Massnahmen. Es soll verhindern, dass beispielsweise eine polnische Firma einen Auftrag in Basel mit polnischen Löhnen durchführen kann. Der bundesrätliche Vorschlag, neu auf das Herkunftsortsprinzip zu setzen, bricht also mit der Philosophie der flankierenden Massnahmen.

In der Privatwirtschaft würde der Schutz der ortsüblichen Arbeitsbedingungen gelten, in der öffentlichen nicht. Das ist unverständlich. Noch fragwürdiger ist, dass der Bundesrat in der Botschaft an das Parlament auf dem Herkunftsortsprinzip beharrt, obwohl viele Organisationen des Gewerbes, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmenden sowie die Kantone in der Vernehmlassung diesen Wechsel abgelehnt haben.

Verfehlte Interventionen der Weko

Inzwischen hat die zuständige Nationalratskommission, die WAK-N, das Geschäft übernommen. SGB und Travail Suisse haben die Kommission aufgefordert, den Fehler des Bundesrats zu korrigieren. Weitere Punkte, die die Gewerkschaften geändert haben wollen: Der Wettbewerbskommission Weko soll bei öffentlichen Beschaffungen kein Behördenbeschwerderecht zukommen. Allzu oft hat sie in jüngster Zeit quergeschossen und kantonale Bestimmungen zur Einhaltung von GAV und zur Einschränkung von Subunternehmerketten kritisiert. Dabei dienen diese Ketten regelmässig dazu, die Übersicht der Kontrollorgane zu erschweren, und sie werden immer wieder für Lohndumping und für Kettenkonkurse missbraucht. Subunternehmerketten sollen daher auf eine Ebene beschränkt werden.

Fortschreitende Deregulierung

Die neuste Studie über die Arbeitsbedingungen (European Working Conditions Survey) zeigt, dass die Gefahren für die psychische Gesundheit der Beschäftigten in der Schweiz zunehmen. Fremdbestimmte Arbeit wird häufiger, Zeitflexibilität ist verstärkt gefordert. Und die Arbeitszeitautonomie wird in Tat und Wahrheit geringer – und nicht grösser, wie gerne behauptet wird. Beispiel: 2005 konnten noch 33,5 Prozent der Arbeitnehmenden ihre Arbeitszeit in einem gewissen Rahmen autonom festlegen. 10 Jahre später waren es noch 19,5 Prozent. Diese Trends sind gefährlich und verlangen nach einer Ausdehnung der Regulierung und des Gesundheitsschutzes. | *sgb*

Der Nationalrat stellt die Weichen bei der Kinderbetreuung richtig

Für bezahlbare Kitas

Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat grünes Licht gegeben: Der Bund wird über die nächsten 5 Jahre 100 Millionen Franken in die familienergänzende Kinderbetreuung investieren. Ein zukunftsorientierter Entscheid. |

Text: *Regula Bühlmann, SGB-Zentralsekretärin (Foto: Shinyfamily/iStock)*

Die öffentliche Hand muss sich stärker an der familienergänzenden Kinderbetreuung beteiligen.

Lange hat das Parlament die Vorlage beraten, die in der Vernehmlassung nahezu unbestritten war. Mehrmals schien sie zum Scheitern verurteilt, denn Economiesuisse und ihre politischen Gehilfen wollten berufstätige Eltern partout nicht entlasten. Anfang Mai hat nun aber auch der Nationalrat den Vorschlag des Bundesrates gutgeheissen, über die nächsten 5 Jahre 100 Millionen Franken in die familienergänzende Kinderbetreuung zu stecken. Unsere Argumente haben überzeugt, auch auf bürgerlicher Seite. Insbesondere in der FDP-Fraktion haben etliche sich zu einem Vernunftentscheid durchgerungen.

Schweizer Eltern zahlen zu viel

Der Grossteil des gesprochenen Geldes soll die Kantone darin unterstützen, die in der Schweiz massiv zu hohe Elternbeteiligung an der Finanzierung zu reduzieren. Dazu ist es höchste Zeit. Denn die Eltern tragen in der Schweiz im Schnitt zwei Drittel der (international vergleichbaren) Vollkosten. Eltern im europäischen Umland zahlen einen Drittel. Kein Wunder, dass sich in der Schweiz immer mehr Frauen gegen Kinder entscheiden. Oder aber: gegen eine berufliche Karriere. Die vorgesehene Investition ist ein wichtiges Signal, aber immer noch meilenweit von dem einen Prozent des BIP entfernt, das die OECD in die familienergänzende Kinderbetreuung zu investieren empfiehlt. Dieses Ziel dürfen wir aber nicht aus den Augen verlieren. Kinderbetreuung ist eine gesellschaftliche Aufgabe; die öffentliche Hand muss also entsprechende Angebote bereitstellen.

Ein kleinerer Teil der Finanzhilfen soll Angeboten zugutekommen, die die Bedürfnisse der Familien besser abdecken. Auch das ist eine Notwendigkeit, denn während der Ferien und in Randstunden bestehen Lücken bei der familienergänzenden Kinderbetreuung, die berufstätige Eltern vor grosse Herausforderungen stellen, zumal jene, die in Schichtbetrieben oder sonst unregelmässig arbeiten. Der SGB ist zufrieden, dass das Parlament mit diesem Entscheid einer rückwärtsgewandten Politik eine Absage erteilt hat.

Fernziel GAV

Zukünftig muss es nun vermehrt darum gehen, die Bedürfnisse der Kinder und des Betreuungspersonals zu stärken. Es braucht pädagogisch und entwicklungspsychologisch begründete Kriterien als Voraussetzung für die Finanzierung von Betreuungsangeboten. Und es braucht Minimalstandards für Anstellungs- und Ausbildungsbedingungen für die Angestellten der Betreuungseinrichtungen – insbesondere weil ein allgemeinverbindlicher GAV bisher am Widerstand des Branchenverbands gescheitert ist.

Für die Zukunft wollen wir Betreuungsangebote in guter Qualität und mit guten Arbeitsbedingungen, die allen Familien entsprechend ihren Bedürfnissen zur Verfügung stehen, ohne ein Loch in das Familienportemonnaie zu reissen. Und die gleichzeitig den Beschäftigten eine angemessene Existenz bieten. Das Parlament hat mit dem den Finanzhilfen einen wichtigen Schritt getan. Der SGB setzt sich dafür ein, dass weitere folgen.

Harzige FaBe-Revision

Derzeit wird die Ausbildungsorganisation des Berufs Fachfrau/Fachmann Betreuung überprüft. Dieser Prozess geht harzig voran. Umstritten ist, wie eng beieinander die drei Fachrichtungen (Kinder-, Betagten- und Behindertenbetreuung) geführt werden sollen. Während manche Akteure darauf drängen, namentlich den Kinderbereich deutlicher abzugrenzen, bestehen andere (besonders der Bund) auf der Einheit des Berufs, dessen Ausbildung sie gerne noch stärker vereinheitlichen möchten. Auch die Dachorganisation Savoir-Social hatte sich ursprünglich für mehr gemeinsame Elemente ausgesprochen, gab jedoch dann ihrem Mitglied KibeSuisse nach, das einstweilen dazu nicht Hand bieten mag. In der Westschweiz ist zusätzlich auch eine generalistische Ausrichtung des FaBe-Berufs verbreitet, bei der Lernende in alle Fachrichtungen Einblick nehmen. | *slt*

«Altersvorsorge 2020»: Wirtschaftsverbände gegen bessere AHV – wie gehabt

Erste und beste Säule

Die Ewiggestrigen wollten seinerzeit schon die Gründung der AHV verhindern. Jetzt wenden sie sich gegen deren Ausbau. Zum Lager, das die «Altersvorsorge 2020» bekämpft, gehören auch selbsternannte Konsumentenschützer (siehe Kasten). | **Text:** *SGB und VPOD (Foto: misterQM/iStockphoto.de)*

Ohne sie bricht alles zusammen: Die AHV ist die erste und die beste Säule.

Im Mai hat der Vorstandsausschuss von Economiesuisse – gegen den Widerstand der Westschweizer Wirtschaft – zur Altersvorsorgereform die Nein-Parole beschlossen. Ende April hatte schon der Gewerbeverband angekündigt, die Vorlage «hart zu bekämpfen». Damit liegen diese Wirtschaftsverbände auf einer Linie mit dem Arbeitgeberverband, der eine grosse Kampagne gegen den «schädlichen AHV-Ausbau» in Aussicht gestellt hat.

Wie anno dazumal

Es ist daher wieder einmal daran zu erinnern, dass die verbandspolitische Ausgangslage noch die gleiche ist wie in jenen Jahrzehnten, als unsere Vorfahrinnen und Vorfahren um die Einführung der AHV rangen. Beim legendären Abstimmungskampf von 1947 standen der Arbeitgeberverband, der Gewerbeverband und der sogenannte Vorort (die Vorgängerorganisation der heutigen Economiesuisse) auf der Seite der Gegner. Sie wollten keine AHV. Die Geschichte hat ihnen nicht Recht gegeben: Die AHV ist die wichtigste innenpolitische Errungenschaft der modernen Schweiz. Am 24. September geht es wieder um eine grundsätzliche Weichenstellung. Bekommt die AHV die Milliarde aus der Mehrwertsteuer, die nach dem Auslaufen der IV-Übergangsfinanzierung frei wird? Kann die Finanzierung der Renten der Baby-Boomer-Generation mit nur 0,3 Mehrwertsteuerprozenten im Jahr 2021 für mehr als 10 Jahre sichergestellt werden? Und kommt es, nach Jahren des Stillstands, endlich wieder zu einer bescheidenen, aber doch spürbaren Verbesserung der AHV-Neurenten? Oder setzen sich die Gegner der AHV durch?

Worum es geht, haben inzwischen weitere wichtige Organisationen verstanden. Als «Stimme der älteren Bevölkerung» spricht sich der Schweizerische Seniorenrat klar für ein Ja zum Reformpaket «Altersvorsorge 2020» aus. Er hält fest, dass die laufenden Renten gesichert bleiben; für neue ist der seit Langem erste AHV-Ausbau vorgesehen. Kontroverse Diskussionen gab es bei Alliance F, dem Bund Schweizerischer Frauenorganisationen. Aber auch dort fiel die Abstimmung schliesslich – trotz Erhöhung des Frauenrentenalters – positiv aus.

Mit Kalkül

Der Plan der Gegenseite ist klar: Sie will die AHV finanziell aushungern. Sobald die Zahlen rot genug sind – so das Kalkül –, wird sich das Rentenalter 67 für alle durchboxen lassen. Das wäre eine massive Rentensenkung für alle. «Die AHV ist die erste Säule der Altersvorsorge – nicht nur nach unserer Verfassung, sondern auch in der Realität», sagt SGB-Präsident Paul Rechsteiner. «Am 24. September muss die AHV gestärkt statt geschwächt werden.»

Selbsternannte Schützer

Für weiteres Durcheinander im Kampf um die «Altersvorsorge 2020» sorgen die Konsumentenzeitschriften *K-Tipp* und *Saldo*, mit denen ein Referendumsbogen verschickt wurde. Nach der – zum Glück verworfenen – Initiative «Pro Service public» greifen die selbsternannten Konsumentenschützer so ein weiteres Mal direkt in die Politik ein. Der Kampf gegen Abzockerei in der zweiten Säule ist ja richtig, und richtig war seinerzeit auch der von *K-Tipp* angeheizte Kampf gegen die ungebremste Senkung des Umwandlungssatzes. Bei der «Altersvorsorge 2020» werden die verschlechterten Parameter in der zweiten Säule aber aufgefangen, und zwar für eine grosszügig bemessene Übergangsgeneration von 20 Jahren. Das verschweigt man komplett. Auch für die behauptete Stagnation der Lebenserwartung gibt es keine Evidenz. Hinter *K-Tipp* und *Saldo* steht die Konsumenteninfo AG, die ausserdem die Zeitschriften *Gesundheitstipp, K-Geld, Kulturtipp, Haus&Garten* und *Plädoyer* herausgibt – in teilweise nicht unproblematischer Vermischung von Publizistik und Politik. Während etwa bei *Plädoyer* mit den Demokratischen Juristinnen und Juristen eine verfasste Organisation im Hintergrund steht, schweben *K-Tipp* und *Saldo* gleichsam in der Luft – es ist nicht ersichtlich, wessen Sprachrohr sie darstellen. | *slt*

Zu Besuch bei den Berufsfeuerwehrleuten in Japan: Georg Munz als Gastredner am Kongress in Tokio

Kür in Kyoto

Die internationale Arbeit wird im VPOD manchmal ein wenig vernachlässigt. Nicht so, wenn der für die Feuerwehr zuständige Sekretär nach Japan eingeladen wird. Georg Munz berichtet über gewerkschaftliche Gastfreundschaft. |

Text: *Georg Munz, VPOD-Sekretär Berufsfeuerwehr (Fotos: zVg)*

2016: Der japanische Gewerkschaftsdachverband Rengo fragt mich, ob ich bereit wäre, im April des Folgejahres an seinem jährlichen Symposium teilzunehmen. Die Tagung werde sich mit der Arbeit von Rettungskräften beschäftigen. Und mein Part wäre es, über die gewerkschaftliche Arbeit mit Berufsfeuerwehrleuten zu berichten. Selbstverständlich habe ich keine Sekunde gezögert…

Ein paar Monate später sitze ich im Flugzeug nach Tokio – in ein Land, das ich noch nie zuvor bereist habe. Immerhin: Einige der japanischen Kolleginnen und Kollegen habe ich bereits kennengelernt: Sie waren in der Schweiz, um mit mir das Symposium vorzubereiten. Bereits im Vorfeld wurde mir mitgeteilt, dass ich nicht nur in Kongresssälen sitzen würde. Es sei ein ganzes Wochenprogramm für mich vorgesehen, und man freue sich, mir neben der gewerkschaftlichen Tätigkeit auch etwas von der Schönheit des Landes nahezubringen.

Georg Munz spricht zu den Teilnehmenden des Symposiums der japanischen Service-public-Gewerkschaften. «Georg Munz, VPOD» steht auch auf dem Banner. Wurde uns gesagt.

Hinderliche Konventionen

Zum Auftakt ein gemeinsames Abendessen, in dessen Rahmen ich einiges über die gewerkschaftliche Arbeit und über die Arbeitsmarktsituation in Japan erfahre. Überraschung (für mich jedenfalls): Die Arbeitsbedingungen sind durchaus vergleichbar mit den unsrigen. Aber die gesellschaftlichen Konventionen verhindern oft, dass die Beschäftigten ihre Rechte auch in Anspruch nehmen.

Feuerwache Kawasaki: Gruppenbild mit Europäer.

Wichtige Themen, die in den kommenden Tagen immer wieder diskutiert werden, sind: die Überalterung der japanischen Gesellschaft, der Mangel an Arbeitskräften und die Gleichberechtigung der Geschlechter.

Freundlicher Empfang

Am Symposium selber beeindruckten mich am meisten die zwei Berufsfeuerwehrleute, die von ihrem Einsatz beim Erdbeben von Kumamoto erzählten (40 Menschen starben damals, 2016). Mein Auftritt als Gastredner war ein besonderes Erlebnis für mich. Schön zu sehen, wie sehr sich die Anwesenden für die Schweiz, für unser System der Feuerwehr und für unsere Organisation interessierten. In Japan ist den Berufsrettungskräften die gewerkschaftliche Organisation offiziell untersagt. Natürlich gibt es trotz Verbot aktive Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter; einige von ihnen habe ich kennengelernt.

Nach dem Dinner hatte ich meine Pflicht erfüllt. Die Kür: Zuerst der Besuch auf einer Feuerwehrstation in Kawasaki, einer Grossstadt südlich von Tokio. Mit grossem Eifer und viel Begeisterung wurde herum- und vorgeführt. Gleichentags ging die Reise weiter in die ehemalige Kaiserstadt Kyoto, wo ich unglaubliche Beispiele von Gastfreundschaft erfuhr. Mit welcher Hingabe und Freundlichkeit sich meine Begleiter um mich sorgten! Kyoto ist im Übrigen eine wundervolle Stadt, die stolz darauf ist, dass hier japanische Geschichte hautnah zu erleben ist. Die Reise nach Japan war für mich eines der Highlights meiner Arbeit beim VPOD.

Gut gebrüllt, Löwe: Winterthur.
Schön gespielt, Kind: Luzern.

Zürich: Kantonsspital bleibt Kantonsspital

Grosser Erfolg für den VPOD und seine Mitstreiter im Kampf gegen die Privatisierung des Gesundheitswesens: Das Zürcher Stimmvolk hat beide Vorlagen aus der Küche des Privatisierungsdränglers Thomas Heiniger (FDP) verworfen. Damit werden aus dem Kantonsspital Winterthur und aus der Integrierten Psychiatrie Winterthur/Zürich Unterland keine Aktiengesellschaften. Und vor allem werden die beiden Einrichtungen nicht verkauft! Die Vorlage enthielt eine Sperrklausel von nur 5 Jahren – dann hätte der Kanton bis zu 49 Prozent der Aktien an Private verscherbeln können. Besonders deutlich war das Resultat in der Stadt Winterthur: Gerade einmal 26 Prozent stimmten dort für eine Privatisierung. Die Analysen des Ergebnisses sind einhellig: Der *Landbote* sieht das «System Heiniger» am Ende, und selbst der *NZZ* ist klar, dass der Verkauf der Einrichtungen kein Thema mehr sein kann. | *vpod (Foto: Georg Munz)*

Aarau: Keine Auslagerung der Altersheime

Der VPOD ist erfreut über das Nein der Stimmbevölkerung Aaraus zur Verselbständigung der städtischen Alters- und Pflegeheime. «Herosé» und «Golatti» bleiben somit städtische Eigenwirtschaftsbetriebe; die Alterspolitik ist auch künftig eine öffentliche Aufgabe. Das Volk will mitreden, sei es bei Neubauten oder bei Anpassungen im Taxreglement. Die Gegnerschaft der Ausgliederung hatte fast alle Parteien gegen sich; das Komitee bestand lediglich aus VPOD, Personalverband und SP. Am dringendsten ist jetzt die Sanierung des Pflegeheims Golatti: Die Pläne dazu liegen beim Stadtrat in der Schublade. | *vpod*

Die Musik gewinnt in Luzern

Luzern liebt die Musik. Dass das nicht nur für die Stadt, sondern für den ganzen Kanton gilt, zeigt die Volksabstimmung über die Musikschulen. Der Kanton wird weiterhin Pro-Kopf-und-Jahr-Beiträge von 350 Franken bezahlen – die vom Kantonsrat angestrebte Halbierung ist vom Tisch. Der VPOD hatte das Referendum zusammen mit Partnerorganisationen ergriffen und mit 22 537 Unterschriften (3000 sind nötig) als erfolgreichstes Referendum in der Geschichte des Kantons eingereicht. Das Abstimmungsresultat ist ebenso deutlich: 67 Prozent der Bevölkerung lehnten die Kürzung ab, die zur Folge gehabt hätte, dass ärmere Kinder aus ärmeren Gemeinden keine Chance mehr auf Instrumentalunterricht gehabt hätten. | *slt (Foto: kallejipp/photocase.de)*

Schwyz, Solothurn, Zürich: Weitsichtiges Volk

Weitsichtiges Stimmvolk auch anderswo: Im Kanton Schwyz ist eine Volksinitiative der SVP, welche Kompetenzen von der Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde Kesb wieder auf die Gemeinde verschieben wollte, verworfen worden – zur Erleichterung des VPOD. – Nur eine Fremdsprache an der Primarschule? Die Stimmenden im Kanton Zürich haben diesem Ansinnen eine klare Abfuhr erteilt. Der VPOD begrüsst den Erhalt der Mehrsprachigkeit. – Ähnlich weitsichtig der Entscheid für den Lehrplan 21 im Kanton Solothurn. Im Zeitalter zunehmender Mobilität führt kein Weg an einer Angleichung des Schulstoffs vorbei. | *vpod*

Befremden über neue Struktur der Insel-Gruppe

Wenige Wochen nach der Präsentation des neuen GAV für die Berner Spitäler, der erstmals auch die Insel-Gruppe umfasst, herrscht im Berner Universitätsspital schon wieder dicke Luft. Das Befremden beruht auf der neuen Konzernstruktur, die ab Sommer gelten soll. Gemäss den Plänen soll die Pflege in der Konzernleitung nicht mehr vertreten sein. Der VPOD und sämtliche Personalverbände am Haus verlangen, dass die Pflegeberufe sowie die medizinisch-technischen und die medizinisch-therapeutischen Berufe auf allen Ebenen gleichberechtigt sind und weiterhin auch strategisch mitreden können. | *vpod*

Bundespersonal verlangt Lohnerhöhung

1 Prozent mehr Lohn: Das verlangt die Verhandlungsgemeinschaft Bundespersonal (VGB), der auch der VPOD angehört, von Bundesrat Maurer für 2018. Nach zwei Nullrunden braucht es etwas Spürbares, zumal angesichts dauernd hervorragender Rechnungsabschlüsse. Weiter verlangt die VGB, dass Anpassungen der Parameter in der zweiten Säule – es droht ein Minus bis zu 10 Prozent – durch den Arbeitgeber abgefedert werden. Einen Umbau des Lohnsystems akzeptiert man nur, sofern keine Umverteilung von unten nach oben stattfindet und Lohnsenkungen ausbleiben. | *vpod*

Verbandskonferenz Wartung und Reinigung wählt Hansueli Feuz zum neuen Präsidenten

«Eintracht Hausdienst»

Klein, aber oho: Die Hauswarte (und wenigen Hauswartinnen) sind im VPOD keine Grossmacht. Aber eine einträchtige und selbstbewusste Truppe. Das zeigte auch die Verbandskonferenz an der ETH Zürich, bei der Hansueli Feuz den langjährigen Präsidenten Köbi Hauri ablöste. | **Text und Foto:** *Christoph Schlatter*

«Wir sind ein 24-Stunden-Betrieb mit 20 000 Studierenden und 10 000 Beschäftigten aus über 100 Ländern. Unsere Häuser stehen fast immer offen, und wenn wir mal irgendwo zusperren, legt mit Garantie jemand einen Keil in die Tür.» So schildert Ulrich Weidmann, Vizepräsident für Personal und Ressourcen an der ETH Zürich – und damit Gastgeber der VPOD-Verbandskonferenz Wartung und Reinigung –, die besonderen Herausforderungen in seinem Wirkungsfeld. Zwar stehe eine Hochschule nicht unter Renditedruck, dafür aber in der Pflicht, einen möglichst grossen Anteil ihres Budgets für das Kerngeschäft, die Forschung und die Lehre, zu verwenden. Trotz Sparbemühungen bekenne sich die ETH aber zu internen Hausdiensten, die den Geist der Anstalt transportieren.

Diese Ouvertüre lieferte gleich die Leitmotive der Tagung. Denn: Die ETH hat zwar ihren Hausdienst bei sich behalten, die Reinigung aber an Private ausgelagert. Man will einerseits eigene Leute vor Ort, die ein Klima des Respekts vermitteln und die man als «Kuratoren» (Weidmann) rühmt, drückt aber dort die Löhne, wo kein gröberer Widerstand zu erwarten ist. Der VPOD hat immerhin erreicht, dass bestehende Verträge mit ETH-Reinigerinnen beibehalten wurden. Auch die Stadt Zürich, für die André Odermatt, Stadtrat (und seit Menschengedenken VPOD-Kollege), ein empathisches Grusswort überbrachte, hat die Reinigung zu grossen Teilen outgesourct. Man hält aber an städtischen Hauswarten fest: weil sie «die Seelen der Häuser» sind.

VPOD-Verbandskommission Wartung und Reinigung. Vorne mittig Natascha Wey (Zentralsekretärin), übrige von links: Markus Burkhalter (Bern), Hansueli Feuz (Bern; neuer Präsident), Daniel Kaiser (Zürich; neuer Delegierter in der DV), Andres Roth (Zürich), Peter Küng (Schaffhausen), Raoul Bilat (Jura), Alessandro Tamburini (Neuchâtel), Sébastien Hirschi (Vaud), Antonio Caroli (Jura, a.D.), Köbi Hauri (Zürich, Präsident a.D.).

Richtig rechnen, bitte!

«Professioneller», «effizienter», «Konzentration aufs Kerngeschäft»: Mit solchen Schlagworten werden Auslagerungsprojekte im Bereich Wartung und Reinigung üblicherweise begründet, und Parlamente landauf, landab glauben die Mär. VPOD-Generalsekretär Stefan Giger widerlegte sie Stück für Stück. Beim Auftraggeber fällt ja keineswegs alle Arbeit weg. Die juristisch wasserdichte Formulierung einer Ausschreibung ist anspruchsvoll. Womöglich müssen Klagen unterlegener Bieter abgewehrt werden. Hat man geahnt, dass die Bewirtschaftung der Schnittstellen solchen Aufwand erfordert? Hat jemand daran gedacht, dass neu auch Mehrwertsteuer fällig wird? Wer zahlt jene Arbeit, die von der Offerte nicht abgedeckt ist? Hat sich alles eingependelt, geht der Zirkus von vorne los, wenn nach 5 Jahren eine neue Firma zum Zug kommt.

Forderungen daher: Anbieter sollen in ihren Offerten nicht mit Pauschalen rechnen dürfen, sondern die einzelnen Aufgaben in Stunden ausweisen. Ungewöhnlich billige Angebote soll man aus dem Wettbewerb nehmen, wenn der Grund für die Abweichung nicht nachgewiesen wird. Bisheriges Personal soll zu bisherigem Lohn übernommen werden. Das alles für den Fall der Fälle, wenn sich Outsourcing nicht mehr verhindern lässt. Aber: «Der VPOD ist und bleibt aus Prinzip gegen Auslagerungen.» Dies betonte der scheidende Präsident Köbi Hauri. Der Nachfolger steht bereit: Hansueli Feuz, Hausdienstleiter an der Thuner Gotthelfschule (siehe folgende Seiten). Als neuer Delegierter in der Delegiertenversammlung des Verbandes wurde Daniel Kaiser beklatscht. Die neuformierte Kommission wird die gruppenweise getätigten Überlegungen zum Thema «Auslagerung» in ein Positionspapier giessen. Auch mit Bürokratie und Überadministration (siehe Seite 12) will man sich weiter beschäftigen. Mit einem Preis für das dümmste Formular? Zudem wird eine engere Zusammenarbeit mit anderen Handwerkern im Verband angestrebt, namentlich mit den Kollegen von Bau Land Forst.

Eintrittsprämie Taschenmesser

«Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will»: Das (Herwegh zitierende) Schlusswort hatte Hauri, der zwar bereits in Pension ist, aber noch eine Altlast mit sich herumträgt: Sein Nachfolger bei der ETH ist immer noch nicht im VPOD. Als Köder für den Eintritt winkt das schöne Sackmesser, das Hauri seinerseits vor fast vier Jahrzehnten bei Stellenantritt geschenkt erhalten hatte.

Überadministration: Die Verbandskonferenz Wartung und Reinigung erörtert Massnahmen gegen den Papierkrieg

Kotzende Kinder

Was nervt? Was belastet? Was ist sinnlos? Psychologin und Laufbahnberaterin Sina Bardill fragte die Hauswarte nach Auswüchsen der Bürokratie in ihrem Tätigkeitsbereich. Es kamen viele Beispiele zusammen – und fast ebenso viele Gegenstrategien. | **Text:** *Christoph Schlatter (Foto: Florian Thalmann)*

Sina Bardill hilft bei der Suche nach Gegengiften zur allesverschlingenden Überadministration.

Die Berner Schulhauswarte müssen neuerdings in den WCs Dokumentationszettel aushängen, wie man sie aus dem Restaurant kennt: Daraus geht der Rhythmus der Kontrolle hervor, und jede Reinigung wird mit einem Visum eingetragen. Ist das in einem Schulhaus wirklich sinnvoll? Die Meinung der Konferenz war eindeutig. Erstens sind die Schulkinder keine Kundschaft in dem Sinne, dass sie anderswo einchecken, wenn sie die Sauberkeit ungenügend finden. Zweitens sagt die Signatur auf dem Kontrollblatt noch lange nichts über die tatsächliche Hygiene. Und drittens zählt an einer Schule, wo vielleicht mal ein Kind knapp nach der Kontrollzeit (und eventuell knapp neben das Klobecken) kotzt, viel eher die rasche Intervention als ein tüpfligenau eingehaltener Tourneeplan.

Gruft der Evaluationen

Sina Bardill, studierte Psychologin und als Beraterin mit Organisationen aus vielen Branchen vertraut, lieferte an der Verbandskonferenz Wartung und Reinigung (siehe auch Seite 11) eine fundierte Einführung ins Thema «Überadministration». Richtig: Die «Erfindung» der Bürokratie ist eigentlich ein historischer Fortschritt: Schluss mit der Willkür! Alle Bürger – später auch die Bürgerinnen – werden nach einheitlichen Regeln behandelt, verwaltet, besteuert, gerichtet! Seit den 1980er Jahren wurde der bewitzelte Beamte allerdings zunehmend durch den Manager abgelöst. Zwecks Kostenkontrolle und Evaluation wurden Arbeiten bis zur Unkenntlichkeit zerstückelt, werden Scheinwettbewerbe entfesselt, wird mit Statistiken Objektivität vorgegaukelt. Kontrolle untergräbt Vertrauen. Angst essen Seele auf.

Diese Beobachtungen werden von den Hauswarten bestätigt. «Nichts gegen die Zeiterfassung – aber ich soll die einzelnen Arbeiten viertelstundenweise auf Kostenträger und Gebäude aufsplitten», klagt einer. Ein anderer: «Die Formulare, die ich andauernd ausfüllen muss, sind oft nicht passgenau. Entweder schreibe ich *irgendetwas* hinein. Oder ich melde zurück, was nicht stimmt, und darf dann die ganze Arbeit nochmals machen.» Es ist die Rede von viermal jährlich abverlangten Evaluationen, die alle zwischen «gut» und «sehr gut» und in Ordnern enden, die nie mehr das Licht der Sonne erblicken, bis sie in 10 Jahren still entsorgt werden. Von Bürostunden, die ausgerechnet bei Schönwetter aufoktroyiert werden, wo man sich endlich den lang hinausgeschobenen Aussenarbeiten widmen könnte. Und von besagten Toilettenzetteln und den wiederholt zitierten vomierenden Zöglingen.

Woher kommt das? Wer will solche Bürokratie? Diese Fragen waren schwieriger zu beantworten. Dass Ämter belastbare Zahlen wünschen, um irgendeinem Parlament irgendeine Investition zu begründen, könnte eine Ursache sein. Psychologin Bardill spekulierte, die Formularflut sei womöglich der Versuch, in einer immer komplexeren Welt die Kontrolle zu behalten – oder (wie beim Pfeifen im dunklen Keller) wenigstens so zu tun. Und welchen Zusammenhang gibt es zwischen der zunehmenden Macht der Konzerne und der Tatsache, dass so viele knapp vor dem Burnout stehen und drum nicht aufmucken?

Bürokratenwitze machen

Eine wiederholt vorgetragene Erfahrung der VPOD-Hauswartschaft: Allzu oft sind unsere Gewerkschafter die einzigen, die an den fraglichen Sitzungen den Mund aufmachen. Sie gelten dann bald als Stänkerer vom Dienst – und hören nur hinter vorgehaltener Hand von den anderen Kollegen: «Recht hast du!» Das Zusammenstehen, der gemeinsame Auftritt – das wurde als Gegenstrategie mehrfach genannt. In vielen Fällen liesse sich erstmal zurückfragen: «Was bringt die Übung, wem nützt und was kostet sie?» Sina Bardill stellte die Formel «Jeden Tag eine Kompetenzüberschreitung» in den Raum. Etwas niederschwelliger: Auch mal Nein sagen! Mal die B-Prioritäten vernachlässigen! Ein Feld im Formular leer lassen! Telefonieren statt mailen! «Und wo das nicht hilft, war schon seit je der Spott die Waffe der Schwachen», ergänzte Zentralsekretärin Natascha Wey.

Der Beruf des Hauswarts ändert sich, wird professioneller, aber auch bürokratischer. Statt mit Menschen zu reden, guckt man vermehrt in Bildschirme. Das *VPOD-Magazin* hat zwei Kollegen bei der Arbeit begleitet, um das Spektrum heutiger Hauswartungsdienstleistungen auszumessen. Andres Roth (oben) ist im Zürcher Schulhaus Käferholz (kleines Bild) quasi ein Vertreter der «alten Schule». Hansueli Feuz (links) betreut mit Assistent Benjamin Waller (rechts neben ihm) eine Schulanlage samt Dreifachturnhalle (kleines Bild oben) in Thun. Geschichten von Handwerk, Harz und Hightech. | Fotos: *Christoph Schlatter (Zürich) und Natascha Wey (Thun)*

Andres Roth im Schulhaus Käferholz in Zürich-Neuaffoltern

Alte Schule?

Andres Roth, Hauswart im Zürcher Schulhaus Käferholz, wohnt (noch) auf dem Gelände. Deshalb ist sein Leben mit dem Schulalltag eng verzahnt. Ihm gefällt das so, beide Seiten profitieren. | **Text und Foto:** *Christoph Schlatter*

«Hoi, Herr Roth»: Chindsgi-Kinder als Eskorte.

Alte Schule? Wie man's nimmt: Das Schulhaus Käferholz in Zürichs Norden wurde 1947 erbaut. Die Landi 1939 und ihr Stil lagen noch nicht weit zurück; die Architektur changiert zwischen Heimeligkeit und Moderne und zwischen Stadt und Garten. Auf dem Pausenplatz wähnt man sich im Tessin. Ein Spezifikum ist die Hanglage. Sie hat Vorteile: Nachtbuben fräsen nicht mit dem Töffli auf dem Pausenplatz herum. Nachteil: Schnee muss im Winter von Hand geräumt werden. Sommers kann man im Schatten alter Bäume sitzen und Rehe äsen sehen, das ist schön. Aber was da im Herbst für Mengen an Laub runterkommen, geht auf keine Kuhhaut – und bedarf des modernen Laubbläsers.

LHT und AHT

Andres Roth ist gelernter Bootsbauer und fortgebildet zum Hauswart mit eidgenössischem Fachausweis. Seit 20 Jahren schaltet und waltet er im Käferholz als «Leiter Hausdienst & Technik LHT einer mittleren Anlage». Ein paar Quadratmeter mehr, und es hätte zur «grossen Anlage» gereicht, was sich auch im Portemonnaie niedergeschlagen hätte. Aber jammern will der Kollege nicht, ganz und gar nicht. Denn die Anstellungsbedingungen bei der Stadt Zürich sind gut. Als AHT – «Assistentin Hausdienst und Technik» – ist praktischerweise die Ehefrau verpflichtet, die zum Beispiel für die Schulhauswäsche und in der Werkstatt fürs Brennen von Getöpfertem zuständig ist. Die noch dreiköpfige Familie (der ältere Sohn ist ausgeflogen) bewohnt die Dienstwohnung im Schulhaus.

Vielleicht ist es nicht jedermann gegeben, auch die Erwerbsarbeit mit der Gattin zu teilen. Andres Roth fokussiert auf das Positive. Freizeit und Arbeit sind bei ihm viel enger verzahnt als bei jenen Hauswarten, die nicht auf dem Areal leben. Das heisst, dass man unkompliziert eine Handreichung dort, eine Dienstleistung da tätigt, auch wenn es theoretisch schon Feierabend geschlagen hat. Gleichzeitig kann er sich die Freiheit nehmen, mal eine Privatstunde einzuschieben, um persönliche Büro- oder Gartenarbeit zu erledigen. Die Lehrpersonen wiederum schätzen es, wenn im Hochsommer einer ganz früh am Morgen kräftig durchgelüftet und die in den Klassenzimmern stehende Hitze vertrieben hat.

«Der/die LHT ist zuständig für die sichtbare Werterhaltung, für den betrieblichen Unterhalt, die sichtbare Gebäudesicherheit sowie für Hygiene und Sauberkeit der ihm anvertrauten Schulanlage und der zugehörigen Nebenobjekte inklusive Aussenanlagen.» Aus diesem Pflichtenheft ergibt sich eine enge und fast durchwegs angenehme Zusammenarbeit mit allen andern Akteuren sur place, von der Schulleitung, der er unterstellt ist, zu den von ihm befehligten Arbeiterinnen, die zum Beispiel die WCs sauber halten. Und bis zu den Beschäftigten in GEP, in Gemeinnützigen Einsatzplätzen, welche durch die Asylorganisation vermittelt sind.

Ingwertee und Integration

Pause des Teams bei Ingwertee und Guetzli. Hier gelingt Integration wirklich: Einer der ehemaligen GEP-Arbeiter hat heute eine Festanstellung; er putzt und schliesst Turnhalle und Garderoben abends nach der Nutzung durch die Vereine. Und er hat auch schon, während der Ferienabwesenheit der Roths, den ganzen Laden geschmissen. Wobei prompt schon an Tag 1 alle denkbare Unbill auf einmal auf ihn einstürzte: Störung der Schliessanlage, kalte Heizung, Wasserschaden.

Wo Kinder sind – im vorliegenden Fall Sekundarschüler plus Kindergartenkids –, fliessen Blut, Schweiss und Tränen, knallen zuverlässig Bälle gegen Scheiben und Lampen, werden kleine Grenzüberschreitungen ausprobiert. Das Spucken gegen die Wände müsste weissgott nicht sein. Aber fast alles wird fast immer niederschwellig geregelt und gegebenenfalls geahndet. Andres Roth gehört noch zu jenem Typus Hauswart, dem Schülerinnen und Schüler zwecks Wiedergutmachung und Läuterung zugeführt werden können. Wenn die dann für gute Arbeit belobigt und etwas früher als geplant der Strafe enthoben werden, ist ihre Sympathie dem Hauswart auf ewig gewiss. – Dessen grösste Sorge derzeit: dass der stetig wachsende Platzbedarf der Schule ihn aus seiner Wohnung vertreibt.

Hansueli Feuz in der Schulanlage Gotthelf in Thun

Auf der Kapitänsbrücke

Längst wurden die klassischen Reinigungs- und Wartungsarbeiten durch Administration und Technik ergänzt. Zu Besuch bei Hauswart Hansueli Feuz und seinem Team – auf der «Kommandobrücke» der Schulanlage Gotthelf in Thun. | **Text und Foto:** *Natascha Wey, VPOD-Zentralsekretärin*

In einer Vitrine vor dem Büro von Hauswart Hansueli Feuz steht in Miniaturvariante ein Hochseepott: die «Harmony of the Seas». «Das grösste Kreuzfahrtschiff der Welt», erklärt Feuz. Er selber ist mit der Familie damit bereits in See gestochen. Der 55-jährige Berner ist begeistert von der Seefahrt. Und es fällt leicht, sich ihn als Kapitän vorzustellen. Er ist ja auch einer: derjenige der Thuner Schulanlage Gotthelf, wo er seit 25 Jahren arbeitet und mit der Familie lebt.

Gotthelf im Regen: Zur Anlage gehören 3 Schulhäuser und 4 Kindergärten.

Manager und Programmierer

Aus dem Büro fällt der Blick durch eine Glasscheibe hinab in die moderne Dreifachturnhalle. Das erinnert tatsächlich an eine Schiffsbrücke: Von hier aus steuern Kapitän Feuz und seine Mannschaft – anwesend in Gestalt des Stellvertreters Benjamin Waller und des Lernenden Patrick Semeraro – «die Gotthelf». «Es gibt Tage, da verlasse ich das Büro kaum, weil ich so viel planen und koordinieren muss», sagt Feuz.

In der Tat: Arbeits- und Einsatzpläne des Reinigungspersonals, Sitzungsvorbereitungen, Belegungspläne, Fehlermeldungen – das alles wird heute am Computer angezeigt und bearbeitet. Auf dem Bildschirm ist beispielsweise die gesamte Heizungsanlage abgebildet; gibt es an einer Stelle Probleme, werden die Hauswarte per SMS informiert und müssen dann herausfinden, wo es klemmt. Der Koordinationsaufwand für all diese Arbeiten ist beträchtlich, und die Anforderungen an das Know-how des Hauswarts steigen jährlich.

An vielen Tagen ist Kollege Feuz drum eher Manager und Programmierer als Handwerker. Er empfindet seinen Job genau deshalb als spannend, weil er immer weiter dazulernen kann. Die Veränderung zum Anlagen-Manager mit einem grösseren Anteil an Büroarbeit ist typisch für die Entwicklung des Hauswarteberufs. Zwar trägt Feuz noch immer einen dicken Schlüsselbund am Arbeitsgewand und hat selbstverständlich Zugang zu allen Kellern und verborgenen Kammern. Doch um die Anlage zu öffnen oder abzuschliessen, muss der Hauswart nicht mehr zwingend präsent sein. «Schliessanlagen funktionieren heute elektronisch, können mittels Computer oder iPhone direkt programmiert werden.» Auch der Zugang für die Vereine kann so online geregelt werden.

«Spitzenharzball»

Der Direktkontakt mit Menschen bleibt dennoch erhalten. Ob sich der Umgang mit den Jugendlichen oder dem Lehrpersonal verändert hat? «Man hat dem Hauswart früher vielleicht mehr Achtung entgegengebracht», meint Feuz-Stellvertreter Waller. Doch nicht nur der Respekt gegenüber Menschen fehlt manchmal, sondern auch jener gegenüber der Infrastruktur und der Umwelt. Die Abfallmengen haben sich seit Hansueli Feuz' Stellenantritt verfünffacht! Früher gab es Pausenmilch und Äpfel, heute geben die Eltern den Kindern abgepackte Stängel und Getränke im Tetrapack mit. Allerdings sind es heute auch mehr Schülerinnen und Schüler. Und die Präsenzzeiten haben sich durch externe Nutzung erhöht.

Die Thuner Hauswarte betreuen 3 Schulhäuser, 4 Kindergärten, 1 Tagesschule, 1 Dreifachturnhalle und 1 Aula. Oder, in Menschen ausgedrückt: 50 Lehrkräfte, 20 Klassen, 30 Reinigerinnen und zahlreiche Sportclubs. Das Flaggschiff ist Rotweiss Thun. Die Nationalliga-A-Handballerinnen trainieren in der Sporthalle Gotthelf und bescheren viel Arbeit, weil in dieser Sportart der Ball zwecks besserer «Haltbarkeit» geharzt wird. «In unserer Turnhalle gilt zwar ein Harz-Verbot, aber für einen Spitzenclub lässt sich das faktisch nicht umsetzen.» Und natürlich sind die Hauswarte bereit, fünfe gerade sein zu lassen, wenn dafür ein renommierter Club beherbergt wird. Auch wenn die Bodenreinigung dadurch aufwändiger wird. Dazu reicht es nämlich nicht, mit der blauen Scheuersaugmaschine einmal kurz durch die Halle zu flitzen. Nein, das Harz muss mühselig per Spachtel vom Boden weggeschabt werden.

Reiche Ernte

Es sind diese Sorgfalt und Achtsamkeit, die bei allen drei Anwesenden auszumachen sind. Sie kennen ihre Anlage, und es ist ihnen wichtig, einen guten Job zu machen. Dieser Einsatz ist sicht- und spürbar. Und so kommt einem ein Aphorismus von Jeremias Gotthelf in den Sinn, auf dessen Namen das Schiff beziehungsweise die Schulanlage getauft ist: «Es zahlt sich das meiste aus auf Erden; wer seine Bäume am fleissigsten wartet, der erntet auch reichlich von ihnen.»

Viele Menschen können es nach einem Unfall kaum erwarten, in ihr gewohntes Leben zurückzukehren. Wir unterstützen sie auf diesem Weg mit Beratung, Versicherungsleistungen, Unfallmedizin und Rehabilitation. Doch auch Sie können zur Genesung der Verunfallten beitragen, indem Sie ihnen zur Seite stehen. Für detaillierte Informationen: www.suva.ch/wiedereingliederung

suvacare
Sicher betreut

Freihandelsabkommen: Kein Blankocheck

Der Europäische Gerichtshof EuGH hat der Europäischen Union Schranken in Bezug auf Freihandelsabkommen auferlegt. Über die Köpfe der Mitgliedstaaten hinweg darf nichts beschlossen werden, was in deren bzw. in die «geteilte Zuständigkeit» fällt. Das betrifft namentlich die umstrittenen Investorenschutzklauseln, welche die staatliche Gerichtsbarkeit aushebeln. Sie können nicht ohne Einverständnis der nationalen Parlamente eingeführt werden. Der Entscheid des EuGH bezieht sich auf ein Abkommen zwischen der EU und Singapur, er gilt aber auch für die transatlantischen Ceta und TTIP. Das heisst, dass in Deutschland beispielsweise Bundestag und Bundesrat den Abkommen zustimmen müssen, ehe sie vollumfänglich in Kraft treten können. Und auch das Regionalparlament Walloniens wird wieder zum Zug kommen … | *slt (Foto: A. Savin/WikiPhotoSpace)*

Handelsabkommen? Nicht ohne mein Wallonien (im Bild: Lüttich)!

Diagnose geht Arbeitgeber nichts an

Das Bundesgericht hat klargestellt, dass Ärztinnen und Ärzte auch bei vertrauensärztlichen Untersuchungen an die Schweigepflicht gebunden sind. Das heisst, dass sie nur diejenigen Informationen weitergeben dürfen, welche die Fragestellung unmittelbar betreffen. Darunter fallen die Beurteilung von Dauer und Umfang der Arbeitsunfähigkeit und die Frage, ob es sich um Unfall oder Krankheit handelt. Die Diagnose gehört nicht zu diesen Angaben. Gemäss Bundesgericht wurde ein Psychiater zu Recht der Verletzung des Berufsgeheimnisses schuldig gesprochen, der nach einer vertrauensärztlichen Untersuchung detaillierte Informationen über den Patienten an dessen Arbeitgeber übermittelt hatte. Die Geheimhaltungspflicht entsteht aus der ärztlichen Behandlung an sich und ist nicht nach der jeweiligen Funktion (Anstaltsarzt oder Vertrauensarzt, Hausarzt oder Betriebsarzt u. ä.) abgestuft. Auch im Praxisleitfaden der Schweizerischen Akademie der Medizinischen Wissenschaften und der FMH ist die Frage klar in diesem Sinn geregelt: Die Diagnose geht den Arbeitgeber nichts an. | *slt*

Susi Stühlinger Fitness

Um das Hirn etwas zu belüften, unternehme ich einen Spaziergang am Rhein – und traue meinen Augen nicht. Das, was mir da entgegengestampft kommt, rasselnd und pfeifend, in Shorts und Shirt aus absorptionsfähigem Mikrofasermaterial, das ist tatsächlich … Koni.
Sportlich, sportlich, rufe ich ihm zu. Schnaufend kommt er zum Stillstand. Davon, dass beim Sport haufenweise Glückshormone ausgeschüttet werden sollten, merke er bislang also nichts, meint Koni.
Ob das denn Sinn und Zweck der Übung sei, Glück, frage ich. Und wenn nicht, was dann? Grad bei ihm, der doch an Ereignissen sportlicher Ertüchtigung, wenn überhaupt, dann höchstens via Kneipenfernseher teilhat. (Man erinnere sich an sein bei anderer Gelegenheit hier zitiertes Motto: «Fitness und Turnen füllt Gräber und Urnen.»)
Nein, selbstverständlich nicht, meint Koni, das Glück finde er immer noch bei guten Gesprächen, feinem Essen oder auf dem Boden seines Bierglases … wobei, auf die Gefahr hin, jetzt etwas protestantisch zu klingen, schmecke das Bier tatsächlich besser, wenn man vorher etwas dafür getan habe. Und schliesslich sei er jetzt langsam in einem Alter, wo man schon schauen müsse.
Ich äussere vorsichtig die Vermutung, dass hinter dem jähen Fitnessdrang keineswegs ein selbstgewählter Vernunftentscheid stehe, sondern eher Blanka, die dem seit der Pensionierung immer deutlicher hervortretenden Bauchansatz ihres Gatten den Kampf angesagt und Koni mit entsprechenden Drohungen eingedeckt hat. Koni verdreht die Augen: Keine Krankenkasse hat bislang derart effektive Zwangsmassnahmen zur Gesundheitsförderung ersonnen, röchelt er.
Apropos Krankenkasse: Im Kanton Baselland haben engagierte Menschen in nur einer Woche eine Volksinitiative gegen den Abbau der Prämienverbilligung gesammelt, der bekanntlich vielerorts grassiert, aber auch vielerorts erfolgreich bekämpft wird. (Chapeau an die Baselbieter Kolleginnen und Kollegen; dass sie, wie so viele zuvor, das von uns in Schaffhausen kreierte Kampagnensujet kopiert haben, sei ihnen nachzusehen.)
Das hat ja auch mit Fitness zu tun. Denn der Begriff wird bekanntlich gern im politischen Kontext verwendet, das heisst dann: «Gesunde Finanzen» oder «Staat entschlacken» – auf dass die Ausfälle der letzten Steuersenkungen kompensiert und gleich die nächsten vorangetrieben werden können. Das geht so weit, dass für die entsprechenden Sparpakete klingende Namen ersonnen werden, die nach appetithemmendem Proteinshake klingen, wie zum Beispiel «Balance». All diese lustigen Metaphern sollen darüber hinwegtäuschen, dass «schlank» mitnichten «gesund» bedeutet, etwa dann, wenn der schlanke Staat seine Insassen via Prämienverbilligung zufüttern muss, damit sie nicht vom Fleisch fallen, weil der ach so gelobte (staats)freie Markt bei der Gesundheitsfinanzierung irgendwie doch nicht richtig funktioniert.
Wenn seine Frau und er ein Staat wären, sagt Koni, dann wäre sie die bürgerliche Mehrheit und er das leidende Volk. Fitness ist scheisse, sagt Koni, nehmen wir ein Bier?

Susi Stühlinger ist Autorin, Schaffhauser Kantonsrätin und Jusstudentin.

«Volkseigener Betrieb»: Deutsche Autobahnen.

Volkseigene Autobahnen

Die Autobahnen an Konzerne verkaufen? Wenn Privatisierungspläne selbst vor dem Allerheiligsten vieler Deutschen, den Autobahnen, nicht Halt machen, steht es schlecht. Den Gewerkschaften und der Opposition ist es gelungen, das Ärgste abzuwenden und der Vorlage zur Gründung einer «Infrastrukturgesellschaft Verkehr» die schlimmsten Giftzähne zu ziehen. Vorteile sieht die Gewerkschaft Verdi in der neuen Struktur allerdings weiterhin nicht. Immerhin: Für die neue Gesellschaft sind Gesamtarbeitsverträge verbindlich vorgeschrieben, und den Beschäftigten werden Arbeitsplatz und Arbeitsort garantiert. Ausserdem soll eine Grundgesetzänderung verhindern, dass die Autobahnen später doch noch veräussert werden. | *verdi*

(Foto: brunsjohannes/photocase.de)

Hilferuf türkischer Gewerkschaften

EGB und IGB, die Gewerkschaftsbünde Europas und der Welt, rufen weiterhin zur Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen in der Türkei auf. Beim Besuch einer Delegation der beiden Dachverbände in Ankara baten die türkischen Gewerkschaften inständig um die Aufrechterhaltung der Kontakte und des Austauschs. Die Gewerkschaften sind trotz der aktuellen Repression durch Erdoğan und seine Partei immer noch Teil eines lebendigen zivilgesellschaftlichen Netzes, das gerade jetzt besonders der internationalen Unterstützung bedarf – auch in finanzieller Hinsicht. Die Gewerkschaften in der Türkei versuchen, den Tausenden Mitgliedern juristischen Beistand zu geben, die in den letzten Monaten entlassen oder gar verhaftet und eingesperrt wurden. Die Gewerkschaftsdachverbände kritisieren die Massnahmen der Regierung aufs Schärfste. Offenkundig sind die allermeisten Entlassungen willkürlich, und der misslungene Staatsstreich wird nach wie vor zur Unterdrückung unliebsamer Meinungen und Publikationen ge- und missbraucht. Gerade die Gewerkschaften hatten mit der neuerdings für alle Übel verantwortlich gemachten Gülen-Bewegung nun wirklich nie etwas zu schaffen. – Spenden für die bedrängten Gewerkschaften in der Türkei sind weiterhin via www.epsu.org möglich. | *egb/igb/slt*

Katar: Fifa gelobt Besserung

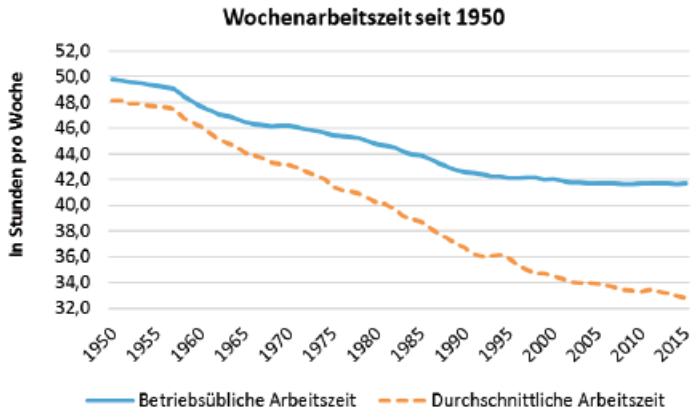
Die Bau- und Holzarbeiter-Internationale (BHI) und die Fifa haben sich über die Einhaltung der Arbeiter- und Menschen-

Wirtschaftslektion Arbeitszeit besser verteilen

Zunehmender Wohlstand führt in der Regel dazu, dass mehr konsumiert wird. So war es auch lange Zeit in Bezug auf die Freizeit. Während eine vollzeiterwerbstätige Person im Jahr 1950 50 Stunden pro Woche arbeiten musste, betrug die betriebsübliche Wochenarbeitszeit für eine Vollzeitstelle Anfang der 1990er Jahre nur noch rund 42 Stunden. Die in der Nachkriegsperiode erzielten Produktivitätsfortschritte waren auch in Form von Arbeitszeitverkürzung an die Arbeitnehmenden weitergegeben worden.

Seither hat sich jedoch nicht mehr viel getan: 2015 betrug die betriebsübliche Wochenarbeitszeit für eine Vollzeitstelle immer noch an die 42 Stunden. Ganz anders entwickelte sich die durchschnittliche tatsächliche Wochenarbeitszeit. Deren Rückgang hält seit 60 Jahren an. Heute arbeitet ein Arbeitnehmender im Durchschnitt knapp 33 Stunden pro Woche (vgl. Grafik).

Wirtschaftslektion: Arbeitszeit besser verteilen



Quelle: Siegenthaler 2014; BFS

Wie ist die unterschiedliche Entwicklung zu erklären? Vor allem mit der Zunahme der Teilzeitarbeit. Weil immer mehr Erwerbstätige – hauptsächlich Frauen – Teilzeit arbeiten, sinkt die durchschnittliche Arbeitszeit, obwohl wir für einen Vollzeitjob fast genauso lange arbeiten wie vor 25 Jahren. Im Gegensatz zu allgemeinen Arbeitszeitverkürzungen wird Teilzeitarbeit von Arbeitgebern meist positiv bewertet. In einem von Arbeitgeber- und Gewerbeverband mitfinanzierten Handbuch für KMUs heisst es, dass Teilzeitbeschäftigte oft ausgeglichener, produktiver und motivierter seien sowie weniger Fehlzeiten aufwiesen als Vollzeitbeschäftigte. Mit denselben Argumenten könnte allerdings auch eine allgemeine Arbeitszeitreduktion begründet werden. Gelänge es, gleichzeitig die Teilzeitpensen zu erhöhen, könnte das Gesamtarbeitsvolumen sogar konstant bleiben. Unrealistisch wäre das nicht, da viele Teilzeiterinnen gerne mehr arbeiten würden, zumindest wenn das Problem der Kinderbetreuung gelöst wäre.

Da Teilzeitarbeit in Bezug auf die soziale Absicherung, auf Weiterbildungsmöglichkeiten und Karrierechancen immer noch ein Handicap darstellt, wäre eine ausgeglichenere Verteilung der Arbeitszeit auch unter dem Aspekt der Geschlechtergleichstellung zu wünschen. Andere Länder sind diesbezüglich weiter: In Dänemark etwa beträgt die reguläre Wochenarbeitszeit für eine Vollzeitbeschäftigung lediglich 37 Stunden. Und trotzdem liegt die durchschnittliche Arbeitszeit nur wenig unter dem Niveau der Schweiz. | *Daniel Kopp, MTEC ETH Zürich*

rechte bei den Bauarbeiten für die Fussball-Weltmeisterschaft 2022 in Katar geeinigt. Demnach sollen die OECD-Richtlinien zum Schutz der Beschäftigten nicht nur auf den WM-Baustellen am Golf, sondern künftig bei allen Fifa-Projekten eingehalten werden. Ein entsprechender Artikel soll in die Fifa-Statuten integriert werden. Auf den Baustellen in Katar sind die Arbeitsbedingungen unmenschlich und oft tödlich. Arbeitsmigrantinnen und -migranten bilden (auch in den anderen Golfstaaten übrigens) eine Kaste von Ausgestossenen, denen elementare Rechte sowie politische und soziale Teilhabe verweigert werden. In Katar stellen sie – die meisten kommen aus Nepal, Pakistan und Indien – gegen 90 Prozent der Bevölkerung. Sie wohnen weit ausserhalb der Zentren in Sammelunterkünften unter misslichen hygienischen Bedingungen. | *unia*

Solidarität mit Griechenland

Deutsche Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus der Wasserwirtschaft haben eine Solidaritätsnote an ihre griechischen Kollegen gesandt. Letztere stemmen sich gegen die Privatisierung der Wasserwerke von Athen und Thessaloniki, die von den Europäischen Geldgebern forciert und von der Regierung Tsipras zwecks Abwendung einer Staatspleite durchgeboxt wird. Aus Gewerkschaftssicht handelt es sich um den Verkauf von Tafelsilber zu Ramschpreisen – eine nachhaltige Besserung der griechischen Staatsfinanzen ergibt sich daraus nicht. Im Gegenteil: Durch die Veräusserung von Volkseigentum entgehen dem Staat wiederkehrende Einnahmen. An einer Tagung in Dortmund wurde bekräftigt, dass Wasser nicht in private Hände gehört. | *egöd*

Kalt, aber gerecht: Islands Hauptstadt Reykjavik.

Island sorgt für Lohngleichheit

Island wird womöglich das erste Land der Welt sein, in dem die Lohngleichheit auf wasserdichte Weise gesetzlich festgeschrieben wird. Arbeitgeber ab 25 Angestellten müssen gemäss einem Gesetzesentwurf regelmässig einen aktiven Nachweis der Nichtdiskriminierung erbringen. Bereits heute steht Island auf der Rangliste der Lohngleichheit auf Platz 1, obwohl hier die Differenz zwischen Frauen- und Männerlöhnen mit 14 bis 18 Prozent ebenfalls stattlich ist. Auch diese Lücke, die mit unterschiedlichen Berufen und Berufslaufbahnen zu tun hat, soll laut dem isländischen Sozialminister Thorsteinn Víglundsson bis 2022 geschlossen werden. | *vpod (Foto: Allen Watkin)*

Wer war's? Namensvettern

Der Weg zur Zielperson führt diesmal über eine Stadt gleichen Namens. Die hat einen prominenten Auftritt in einem Chanson von Mani Matter, das über die richtige Blickrichtung philosophiert – in der Eisenbahn, aber natürlich auch, metaphorisch gesehen, im Leben. Ist es klüger, das, was kommt, im Auge zu haben? Oder sitzt man doch lieber mit dem Rücken zur Zukunft, das Gesicht der Vergangenheit zugewandt? Es obliegt dem Kondukteur, der die Stationen ausruft, die an dieser Frage in Streit geratenen und mit Schirmen aufeinander eindreschenden Zugpassagiere zu befrieden.

Die angekündigte Ortschaft liegt am Gestade eines grossen, landesübergreifenden Gewässers, ist indes weder die schönste noch die grösste an demselben. Auch hat sich ihr Stadtpräsident – Namensvetter übrigens eines erfolgreichen Fussballprofis – vor allem dadurch profiliert, dass er, um Sozialhilfe zu sparen, eine regelrechte Vergrämungspolitik gegenüber den Armen betrieb. Auf der Liste der Sehenswürdigkeiten figuriert ein barockes Kornhaus, in dem heute ein Museum seinen Sitz hat. Auch die pfahlbauartig im Wasser stehende Badehütte aus den 1920er Jahren ist ein Bijou. Weil der Pilgerpfad hier vorbeiführt, sprudelt ein Jakobsbrunnen. Und von der reformierten Kirche wummert eines der tiefsten Geläute der Schweiz.

Der Mann gleichen Namens wurde aber nicht hier, sondern in Zürich geboren, 1884 war das. Aufgewachsen in Schaffhausen, studierte er in Zürich, Bern und Berlin. Er wurde nur 37 Jahre alt (Todesursache war eine zu spät erkannte Blinddarmentzündung), hinterliess aber nebst einer Frau und zwei kleinen Kindern eine Erfindung, die seinen Namen weltbekannt machte. Die Wirkungsstätten des Fraglichen verweisen (mindestens teilweise) auf sein Spezialgebiet: Münsterlingen, Münsingen, Moskau, Waldau, Herisau. Wie nur wenige andere Verfahren aus der an diesen Orten betriebenen Disziplin fand seines auch in populären Medien Resonanz. Die wissenschaftliche Aussagekraft ist indes bis heute umstritten.

Streit wird es auch wieder auf der VPOD-Redaktion geben: Wer gewinnt einen der Büchergutscheine (100, 50 und 20 Franken), die als Wettbewerbspreise die Einsendung des richtigen Namens belohnen? Wir pflegen solche Entscheide dem Zufall zu überlassen. Damit er walten kann, benötigt er die entsprechenden Postkarten bis am 23. Juni. Adresse: VPOD, Redaktion, «Wer war's?», Birmensdorferstrasse 67, Postfach 8279, 8036 Zürich. | *slt*

Es war Katharina Luther geb. von Bora

Die Zeitreise ins 16. Jahrhundert führte auf direktem Weg zu einer jungen Nonne namens Katharina von Bora, der es im Kloster nicht mehr gefiel, weil sie sich zu viele von den aufrührerischen Schriften eines gewissen Martin Luther reingezogen hatte. Nach der Flucht aus dem Konvent war guter Rat allerdings teuer: Für Frauen jener Zeit war eine selbständige Existenz nicht vorgesehen. Ein Mann musste her, und weil Luther an der Situation nicht ganz unschuldig war, heiratete er Katharina trotz angeblicher Hoffart. Später ist von solcher Todsünde nicht mehr die Rede, sondern vielmehr davon, dass Feld, Stall und Brauerei zu allseitiger Zufriedenheit besorgt wurden und die Studenten des Mannes zweimal täglich warm zu essen kriegten. Geistige Nahrung gibt es dank Bücherbons für Christa Rederlechner (Kreuzlingen), Ueli Wirth (Bubikon) und Hans Rudolf Tschudi (Zofingen). | *slt*

VPOD-Landesvorstand vom 5./6. Mai 2017

Der Landesvorstand hat anlässlich seiner Retraite in Aarau

- die Jahresrechnungen 2016 des Verbandes und seiner unselbständigen Institutionen zuhanden der Delegiertenversammlung genehmigt und vom Finanzplan 2018/19 Kenntnis genommen.
- sein Funktionieren als Gremium sowie die Zusammenarbeit mit dem Zentralsekretariat erörtert und Verbesserungspotenzial benannt.
- Berichte über das Geschäftsjahr 2016 der Kollektiv-Krankenversicherung und der Coop Rechtsschutz AG zur Kenntnis genommen.
- über das VPOD-Werbeprojekt «Jugend» diskutiert.
- in seiner Funktion als Stiftungsrat der Stiftungen Ferienwerk VPOD, Sterbekasse VPOD und Interpretenhilfsfonds VPOD die jeweiligen Tätigkeitsberichte und Rechnungen für 2016 gutgeheissen.
- Berichte über die Arbeit der Verbandskommission Migration und über aktuelle Fragen der Gleichstellungspolitik gehört und debattiert.
- der Auflösung des Föderativverbandes zugestimmt, eines obsolet gewordenen Dachverbandes der öffentlichen Gewerkschaften aus der Zeit vor der Verselbständigung der Regiebetriebe PTT und SBB; ersetzt wurde der Föderativverband durch die Verhandlungsgemeinschaft der Bundespersonalverbände (VGB), der auch der VPOD angeschlossen ist.

Stefan Giger, Generalsekretär

SGB-Frauenkongress im Januar 2018

Grosse Ereignisse werfen ihre Schatten voraus, sehr grosse sehr weit voraus. Der 13. SGB-Frauenkongress ist auf Freitag/Samstag, 19./20. Januar 2018, angesetzt worden; im Weltpostverein Bern wird er stattfinden. Am Freitagnachmittag geht es um Arbeitszeitmodelle, Digitalisierung, Erwerbsbiografien und die Sozialversicherungen. Am Abend wird anlässlich des 100-Jahr-Jubiläums die Rolle der Frauen im Landesstreik von 1918 gewürdigt, und am Samstagvormittag folgt der statutarische Teil. – Wer am Frauenkongress teilnehmen möchte, meldet sich auf dem zuständigen VPOD-Sekretariat (keine direkte Anmeldung an den SGB). | *vpod*

Was tun gegen Rassismus im Alltag?

Was kann gegen rassistische Diskriminierung am Arbeitsplatz unternommen werden? Ein Weiterbildungskurs des VPOD (Samstag, 24. Juni, 9.30 bis 17.30 Uhr, Zürich, VPOD-Zentralsekretariat, Birmensdorferstrasse 67) befasst sich damit. Er zeigt, was die Begriffe «Rassismus» und «Diskriminierung» bedeuten; die Teilnehmenden lernen schützende Rechtsnormen kennen und erfahren, wie sie im konkreten Fall gegen Diskriminierung vorgehen können. Kursleitung: Tarek Naguib, Jurist, Experte für Diskriminierungsschutz und Managing Diversity. Der Kurs ist für VPOD-Mitglieder unentgeltlich (andere: 300 Franken). Anmeldungen rasch (bis spätestens 14. Juni) an: manuela.widmer@vpod-ssp.ch.

Rote Köpfe

«Wer mitmacht, lernt, dass Regeln wichtig sind.» Das sagt VPOD-Kollege **Ernst Schläpfer** im *Blick* (23. Mai). Im Rahmen des Heks-Projekts «Farbe bekennen» trainiert der Schwingerkönig in Schaffhausen Flüchtlinge in diesem seinem urschweizerischen Sport. Es sind junge Männer aus Afghanistan, Somalia und Syrien, die sich von Schläpfers Aktiven aufs Sägemehl legen lassen. Beziehungsweise lernen, wie sich das Hebelgesetz zu eigenen Gunsten drehen lässt. Man kennt den Schwingerkönig ja von jeher als jovialen Kollegen, der nicht unbedingt jedes Wort allseitig auf politische Korrektheit röntgt, aber dafür ein gutes Herz hat. So wird er auch in der Reportage geschildert. Schläpfer sieht laut *Blick* das Schwingen als Integrationsmotor, wie überhaupt die Mitwirkung in einem Verein eine der besten Möglichkeiten für den Abbau von Vorurteilen darstellt. Beidseits.

Der VPOD ist Besitzer von zwei aufblasbaren Gummischweinen mit dem Aufdruck «Stopp der Sparschweinerei!». Mit Helium gefüllt, pflegen die tierischen Kameraden über Protestdemos zu schweben, jüngst etwa in St. Gallen. Vorübergehend war nur noch *ein* Säuli im Einsatz. Das andere? Ausgebüchst! Ersatz ist da. Und es hat sich auch der Fall des durchgebrannten Tieres geklärt: Das **Schwein** ist offensichtlich nach England abgehauen. Jedenfalls zeigen Bilder, die wir in der Presse und beim Londoner *Victoria and Albert Museum* auf der Website gefunden haben, just ein solches Ballonschwein. Es macht dort Werbung für eine Ausstellung «Pink Floyd: Their Mortal Remains» («Ihre sterblichen Überreste»). Fans der Kultband wissen Bescheid: Das Schweinchen ist eine Anspielung auf die 1977 veröffentlichte LP «Animals». Auf deren Cover schwebte ein ähnliches Tier zwischen den Kaminen des Kohlekraftwerks Battersea. Eine Fotomontage. Pink Floyd wollten ursprünglich ein «echtes» Bild. Aber erst war der Himmel unerwünscht blau, dann riss sich das Schwebeschwein von der Leine los. Auch der VPOD weiss inzwischen, dass der Freiheitsdurst von Latextieren nicht unterschätzt werden sollte.

Ebenfalls nicht gering: Die Wut der **Ina Müller**, die in der Zeitung *P.S.* (5. Mai) dem *VPOD-Magazin* wegen seiner Haltung zur Rentenreform an den Karren fährt. Unter dem Titel «Seltsame Arithmetik» listet Müller auf, warum aus ihrer Sicht die Frauen bei der «Altersvorsorge 2020» beschissen werden. Darf sie natürlich. Aber muss sich wirklich als misogyn beschimpfen lassen, wer die AHV dafür lobt, dass sie Geld von Männern zu Frauen umverteilt (nämlich nicht nur wegen Langlebigkeit letzterer, sondern auch, weil die AHV die Arbeit der Mütter würdigt)? Müller-Sätze wie «Da haut's der Oma doch das Gebiss raus!» fanden derweil unsere älteren Gewährspersonen nicht sooo lustig. Sondern ganz schön herabsetzend. Hat halt jedes so seine diskriminierungsblinden Zonen.

Florian Vock, Vorstandsmitglied des VPOD Sektion Aargau, ist zum Präsidenten des Aargauischen Gewerkschaftsbundes gewählt worden. Der 27-Jährige besitzt altersgerechten Kampfgeist und legte sich mit der Forderung, nicht die Arbeit, sondern das Kapital stärker zu besteuern, auch gleich ein wenig mit Kollege und SP-Regierungsrat **Urs Hofmann** an – dieser braucht zum Regieren dringend mehr Steuereinnahmen, gehauen oder gestochen.

Seine politische Karriere für beendet erklärt hat **Blaise Kropf**, langjähriger Berner VPOD-Sekretär und Grossrat. Er wechselt von der Leitung des Alters- und Versicherungsamts der Bundesstadt ins Generalsekretariat des Berner Stadtpräsidenten, wo er den Chefposten teilt. Eine interessante Rochade in der «zerklüfteten grünen Polittopografie der Stadt Bern», wie die *Berner Zeitung* (26. Mai) richtig bemerkt. Stapi von Graffenried gehört der GFL an, Kropf ist eine prägende Figur im Grünen Bündnis. | *slt (Fotos: Alexander Egger [1], Victoria & Albert Museum London [2])*

Tramführerin U. trifft keine Schuld an der Kollision mit einer betagten Fussgängerin

Das Vortrittsrecht gilt

Luege – lose – laufe… Leider hielt sich eine betagte Fussgängerin nicht an diese Regel, weshalb es zur Kollision mit einem Tram kam. Gemäss gerichtlichen Abklärungen trifft Tramführerin U. aber keine Schuld am Unfall. Das Strafverfahren wurde eingestellt. | **Text:** *Sabine Braunschweig (Foto: HSNPhotography/iStock)*

Die betagte Dame bewegte sich unbeirrt und zügig vorwärts. Hinter einem Tram war sie auf das Tramtrassee getreten, um auf die andere Strassenseite zu gelangen. Sie bemerkte nicht, dass ein anderes Tram auf der Gegenfahrbahn soeben die Haltestelle verliess und direkt auf sie zufuhr. Die Tramführerin drückte die Rasselglocke, doch die Seniorin hörte nichts oder achtete das Klingeln nicht. So leitete Kollegin U., als sie realisierte, dass die Fussgängerin auf das Warnsignal nicht reagierte, sofort die Notbremsung ein. Die Kollision konnte dennoch nicht mehr verhindert werden. Die Dame stürzte und zog sich mehrere Brüche zu, sie erlitt eine Gehirnerschütterung, Blutergüsse und Prellungen, und an der Stirn klaffte eine Platzwunde. Ihr Zustand war zwar kritisch, aber sie erholte sich von den schweren Verletzungen wieder.

Die Tramführerin darf grundsätzlich davon ausgehen, dass die Fussgänger sich regelkonform verhalten.

Schutz vor Mutwilligkeit

Bevor die Staatsanwaltschaft gegen Tramführerin U. ein Strafverfahren wegen fahrlässiger Körperverletzung eröffnete, musste ein Gericht die Ermächtigung dazu erteilen. Zweck dieser Ermächtigung ist es, «Staatsbedienstete vor mutwilliger Strafverfolgung» zu schützen, wie es das Bundesgericht ausgedrückt hat. In diesem Vorverfahren wird demnach nicht über den Tatverdacht im Detail entschieden, sondern lediglich geprüft, ob die Strafanzeige begründet ist. Nur bei Strafanzeigen, die offensichtlich und klarerweise unbegründet sind, also mut- oder gar böswillig eingereicht wurden, kann das Gericht die Genehmigung für eine Untersuchung verweigern.

Zu Recht holte sich U. Unterstützung beim VPOD. Der Vertrauensanwalt begleitete sie an die Einvernahmen bei der Staatsanwaltschaft, machte Abklärungen beim Schadendienst der Verkehrsbetriebe und reichte eine schriftliche Stellungnahme zuhanden der Staatsanwaltschaft ein. Der Staatsanwalt warf U. nämlich vor, sie hätte überhaupt nicht aus der Haltestelle hinausfahren dürfen, solange ein Gegentram die Sicht nach links verdeckte. Dem widersprach der Verteidiger. Das Tram sei an jener Stelle grundsätzlich vortrittsberechtigt. (Das Vortrittsrecht hätte sogar dann bestanden, wenn dort ein Fussgängerstreifen markiert gewesen wäre, was jedoch nicht der Fall war.)

Aufgrund des Vertrauensprinzips im Strassenverkehr darf sich jeder Verkehrsteilnehmer grundsätzlich darauf verlassen, dass die anderen Verkehrsteilnehmenden die Verkehrsregeln respektieren, schrieb der Anwalt. Das bedeutet, dass U. davon ausgehen durfte, dass sich die ältere Dame als «Vortrittsbelastete» vorschriftsgemäss verhielt und das Vortrittsrecht des Trams respektierte. Sie durfte auf die Tramschienen treten, aber in der Mitte hätte sie anhalten müssen, um dem Gegentram die Durchfahrt zu gewähren. Zum zweiten Vorwurf der zu hohen Geschwindigkeit beim Hinausfahren aus der Haltestelle verwies der Vertrauensanwalt auf die grundsätzliche Regel, dass im Haltestellenbereich die Geschwindigkeit den Verhältnissen anzupassen sei. U. habe sich an das Reglement betreffend Streckengeschwindigkeiten gehalten, so wie sie es in der Ausbildung gelernt hatte. Er beantragte, das gegen U. eingeleitete «Strafverfahren mangels Tatbestandsmässigkeit ihres Verhaltens und mangels Verschulden» wieder einzustellen.

Kein Verschulden feststellbar

Der Staatsanwalt folgte der Argumentation und stellte fest: Hätte die Fussgängerin auf das Warnsignal von U. reagiert, so wie es von ihr erwartet werden durfte, wäre es nicht zum Unfall gekommen. Auch ein frühzeitiger Blickkontakt wäre für die Vollbremsung zu spät gewesen. Deshalb treffe die Tramführerin in strafrechtlicher Hinsicht kein relevantes Verschulden. So wurde das Verfahren eingestellt und U. eine Entschädigung ausgerichtet. Die Verfahrenskosten und das Anwaltshonorar übernahm die Staatskasse. Der VPOD hatte keine Spesen.

In unserer Serie «Hier half der VPOD» stellen wir exemplarisch interessante Konfliktfälle vor. Zur Darstellung von juristischen Verfahren – die Rechtshilfeabteilung des VPOD hat schon vielen Mitgliedern zu ihrem Recht verholfen und gibt dafür jährlich über eine halbe Million Franken aus – gesellen sich Berichte über Fälle, bei denen eine sonstige Intervention des VPOD Erfolg brachte.

Reformen im desolaten Gesundheitswesen des Kosovo: Besserer Zugang zu Spitälern und eine Krankenkasse für alle

Eine Chance für Frühchen

Das Beispiel von Arlinda Poniku und ihres zu früh geborenen Töchterchens Suhejla zeigt: Bei der medizinischen Versorgung im Kosovo liegt noch vieles im Argen. Damit sich etwas ändert, müssen die Bedürfnisse der Patientinnen und Patienten in die Gesundheitsreform einfliessen. | **Text:** *Cyrill Rogger (Foto: Dini Begolli)*

Suhejla Poniku kam zu früh zur Welt. Ihr Leben verdankt die heute kerngesunde Einjährige dem Umstand, dass ihre Mutter rechtzeitig nach Pristina in die Uniklinik fuhr.

Am Morgen des 8. Februar 2016 verspürte Arlinda Poniku plötzlich starke Schmerzen im Unterleib. Sie war in der 32. Woche schwanger und wusste sofort, dass etwas nicht stimmte. Eine Bekannte brachte sie nach Pristina in die Universitätsklinik. «Die anderthalb Stunden Autofahrt waren schlimm: die Schmerzen, die Ungewissheit und die Sorge um das Baby», erzählt sie. Doch Arlinda Poniku wusste, dass das Spital in ihrer Heimatstadt Prizren nicht für Frühgeburten ausgerüstet ist. Deshalb nahm sie die Fahrt in die Hauptstadt auf sich – lieber, als das Risiko einzugehen, dass ihr Baby nicht die nötige Behandlung erhält.

Viele Fragen – wer hilft?

Die Erleichterung, im Universitätsspital angekommen zu sein und von einem Gynäkologen untersucht zu werden, währte nur kurz. Denn Entwarnung gab es nicht: Sie müsse mit einer Frühgeburt rechnen, sagte der Arzt knapp, und verwies Arlinda Poniku ans Frauengesundheitszentrum, das die Organisation AMC (Action for mothers and children) auf dem Spitalgelände betreibt. «Erst die Hebamme im Gesundheitszentrum beantwortete endlich die vielen Fragen, die mich quälten: Was passiert mit meinem Baby nach einer Frühgeburt? Wird es überleben? Welche Komplikationen sind zu befürchten?»

Arlinda Poniku konnte sich im Gesundheitszentrum zum ersten Mal wieder beruhigen. «Ich weiss nicht, wie ich das alles überstanden hätte ohne die Unterstützung und umfassende Beratung im Gesundheitszentrum. Als meine Tochter drei Tage später zur Welt kam, war ich gut vorbereitet, und die Geburt verlief ohne grosse Komplikationen.» Die kleine Suhejla war zwar nur 1800 Gramm schwer und musste ein paar Tage in den Brutkasten, doch sie war widerstandsfähig und machte schnell Fortschritte. Diesen Februar hat Suhejla ihren ersten Geburtstag gefeiert. Kerngesund.

Die Solidar-Partnerorganisation AMC spielt eine zentrale Rolle bei der Versorgung von Frühgeborenen in Pristina. So sind viele Brutkästen und Wärmelampen auf der Neonatologie Schenkungen an AMC. Die Organisation beschafft auch die benötigte Menge Survanta, ein spezielles Medikament zur Lungenreifung, für die rund 500 Frühchen, die jährlich im Kosovo zur Welt kommen. AMC hat mit einem Antrag ans Gesundheitsministerium zudem dafür gesorgt, dass die Universitätsklinik in Pristina mit der Infrastruktur für Netzhautuntersuchungen bei Neugeborenen ausgerüstet wird.

Solidar hat AMC beim Aufbau weiterer Frauengesundheitszentren in Ferizaj, Mitrovica und Shterpce unterstützt. Diese werden nach wie vor von AMC geführt, die Betriebskosten tragen aber inzwischen die Spitäler. Das neueste Vorhaben von AMC ist die Entwicklung eines Systems, das sicherstellt, dass Frühgeburten aus den Regionalspitälern zuverlässig ans Unispital überwiesen werden.

Obligatorische Krankenkasse

Diese Massnahmen, die uns hier nicht aussergewöhnlich erscheinen, sind im desolaten Gesundheitswesen in Kosovo keineswegs selbstverständlich. Glücklicherweise soll das System nun reformiert werden – einschliesslich Einführung einer obligatorischen Krankenkasse. Wichtig ist, dass dabei auch die Patientinnen und Patienten zu Wort kommen – nur so werden ihre Bedürfnisse erfüllt und nur so erhalten bisher vernachlässigte Gruppen besseren Zugang zur Grundversorgung. Um ihre Stimme zu stärken, arbeitet Solidar Suisse im Projekt Kosana auch mit Roma-Organisationen und mit Betroffenenverbänden (Diabetes, Autismus) zusammen.

Mittlerweile haben die Patientenorganisationen sogar einen Sitz in der Steuerungsgruppe für die Krankenkasse und können so ihre Anliegen einbringen. Die Kosana-Partnerorganisationen setzen alles daran, die medizinische Versorgung ihrer Klientel sowohl mittels politischer Reformen als auch durch eigene Dienstleistungen zu verbessern. Damit Frühchen wie Suhejla in Zukunft auch dann eine Überlebenschance haben, wenn es ihre Mutter nicht nach Pristina schaffen sollte.

Köbi Hauri, (soeben pensionierter) Hausmeister ETH-Rechenzentrum, Zürich

Lesender Arbeiter

Ein Handwerker an der Kopf-Institution: Hausmeister Köbi Hauri wird nach 40 Jahren an der ETH pensioniert. Der neoliberalen Auslagerungsdoktrin hat er sich stets entgegengestemmt. | **Text:** *Christoph Schlatter (Foto: Alexander Egger)*

Kann auch anders: Köbi Hauri, soeben pensionierter ETH-Hausmeister.

Nicht jeder Hausmeister hat ein Lieblingsgedicht. Köbi Hauri schon: «Wer baute das siebentorige Theben? / In den Büchern stehen die Namen von Königen. / Haben die Könige die Felsbrocken herbeigeschleppt? …» Ähnliches wie in Brechts «Fragen eines lesenden Arbeiters» liesse sich auch für die ETH formulieren, das Wirkungsfeld Hauris seit 40 Jahren: Wer hat diese oder jene Erfindung oder wissenschaftliche Erkenntnis gemacht? In den Büchern stehen die Namen von Professorinnen und Doktoren. Aber wer hat dafür gesorgt, dass sie überhaupt arbeiten konnten? Dass sie Räume vorfanden, Büros, WCs, Labore, sichere, saubere, beheizte oder gekühlte? «Hausdienste sind nicht alles, aber ohne Hausdienste ist alles nichts», pflegt Köbi Hauri zu sagen.

Am Scheideweg

Ursprünglich hat er den Schreinerberuf gelernt. Zwei Wegscheiden in jüngeren Jahren haben seine weitere Laufbahn bestimmt. Gabelung 1: ETH oder Zoo? Die ETH war damals, 1977, etwas schneller, und schnappte sich den jungen Mann. Die zweite Entscheidung war zu fällen, nachdem Köbi Hauri die damalige Arbeiterschule absolviert hatte, also die Ausbildung zum Profigewerkschafter. Es war geplant, dass er einen Sekretärsposten beim Schweizerischen Bau- und Holzarbeiterverband übernehme, einer der Vorgängerorganisationen der Unia (wo er stets Mitglied blieb). Kurz vor der Unterschrift merkte er, dass diese Arbeit seinem Naturell wohl doch nicht ganz entsprochen hätte. Und blieb bei der ETH.

Auch dort gab es in all den Jahren genügend Gelegenheit für gewerkschaftliches Engagement, nunmehr im VPOD. Die neoliberale Doktrin mit ihrem Auslagerungs- und Privatisierungsdrall erfasste auch die Hochschulwelt. Nicht direkt das wissenschaftliche Kerngeschäft, wohl aber die «Ränder». So war das Outsourcing der Reinigung auf Dauer nicht zu verhindern. Immerhin gelang es, Entlassungen bei den bisherigen «Aufräumerinnen» zu vermeiden. Der Gewerkschaft kommt bei solchen Vorgängen häufig die Rolle der letzten Fee im Dornröschen zu: Was die böse Zaubrerin verdorben hat, lässt sich nicht mehr rückgängig machen, aber abmildern.

Anders verhielt es sich, als einer gleich die gesamten ETH-Hausdienste in eine Firma auslagern wollte. Das Projekt war auch von der Schulleitung nicht gedeckt und wurde nicht zuletzt dank Hauris Intervention abgeschossen. Später war es eine rabiat privatwirtschaftlich agierende Kommunikationschefin, die die Stacheln der Gewerkschaft – in Form eines überreichten Kaktusses – zu spüren bekam. Es gebe halt solche Situationen, wo man als Gewerkschafter das Maul aufmachen und Zähne zeigen müsse, sagt Hauri. Auch wenn das mehr als einmal dazu geführt hat, dass er beim Personalchef antraben musste. Auch hier trat aber die Dornröschen-Fee in Aktion und verwandelte eine angedrohte Verwarnung (wegen Missbrauchs der Schlüsselgewalt zwecks Verteilung von Flugblättern) in eine sanfte «Belehrung».

Cäsars Catering

Wie sich die Dinge gleichen: Die jüngste Geschichte ereignete sich im Nachgang einer gut besuchten Veranstaltung unter dem Titel «Bildung for Sale», für deren Bewerbung der VPOD – erlaubterweise – das ETH-Mailnetzwerk genutzt hatte. Irgendjemand muss dann kalte Füsse bekommen haben, als er sah, dass der ganz schlimm linksextreme SP-Nationalrat Cédric Wermuth als Referent aufgetreten war. Hauris Verteidigungsrede dürfte derjenigen von Sokrates wenig nachgestanden haben; jedenfalls war nachher Ruhe im Karton. Und es verbreitete sich die Einsicht, dass Wermuth in Bundesbern sehr wohl pro ETH agiert, wenn er die bürgerliche Sparpolitik kritisiert.

Ein «Auslaufmodell» sei er, sagt Köbi Hauri von sich. Vordergründig bezieht sich die Aussage beispielsweise darauf, dass er als einer der letzten noch in einer Dienstwohnung residiert hat, die es nun, nach der Pensionierung, zu räumen gilt. Aber die Aussage beschreibt vielleicht auch den Typus des «lesenden Arbeiters», der sich so seine Gedanken macht. Der sich Fragen stellt wie diejenige, wer bei einer Auslagerung von zuvor internen Diensten verliert. Nach Hauri sind das eben nicht nur die direktbetroffenen Reinigungskräfte, die nachher weniger verdienen. Vielmehr sieht er auch die Institution selbst beschädigt, wenn sie von der Nutzerin zur Kundin wird. Die Hauri-Variante des Brecht-Gedichts müsste drum den «Koch» ersetzen: «Cäsar schlug die Gallier. / Hatte er nicht wenigstens eine Catering-AG bei sich?»

HOTEL iGRAPPOLI LUGANO-SESSA

Eine ruhige Oase im Grünen...
Unser Hotel ist... Ihr Hotel!

Für Ihren Aufenthalt,
Ermäßigungen für VPOD Mitglieder:

Hotel:
15% Rabatt auf Last Minute Angebote
25% Rabatt auf Preisliste

Bungalow:
15% Rabatt auf Last Minute Angebote
20% Rabatt auf Preisliste

Reservierung mit Code:
«VPOD Deutsche Schweiz»

Albergo i Grappoli
6997 Sessa
Tel. 091 608 11 87
Fax 091 608 26 41
www.grappoli.ch
info@grappoli.ch
fb.com/Grappoli.Sessa

HOTEL iGRAPPOLI LUGANO-SESSA

MONTE GENEROSO

TICINO TICKET

Generoso
Ticino Ticket Package

CHF 169.- (CHF ~~189.-~~)
pro Person

Inbegriffen:

- 2 Übernachtungen im Doppelzimmer
- 2 Frühstücksbuffets
- 3 Eintritte ins Schwimmbad (Mitte Mai bis Mitte September)
- 1 Auffahrt zum Monte Generoso und Besichtigung des neuen vom berühmten Architekten **Mario Botta** entworfenen Bauwerks *«Fiore di Pietra»*
  oder
  1 Auffahrt zum Monte Lema
- 1 Bustransfer Sessa-Ponte Tresa und zurück
- **Ticino Ticket** (freie Fahrt mit ÖV im gesamten Kanton und Vergünstigungen auf Hauptattraktionen) www.ticino.ch/de/ticket
- Kurtaxe

- Rückreise mit dem Schiff von Capolago bis Lugano: nur CHF 19.- pro Person !

AZB Postfach 8279, 8036 Zürich

Als VPOD-Mitglied günstiger ins Theater!

Szene aus «Die 120 Tage von Sodom» von Milo Rau nach Pier Paolo Pasolini | Foto: Toni Suter, T+T Fotografie

Mit der MemberCard der Schauspielunion Zürich gelangen VPOD-GewerkschafterInnen massiv günstiger in den Genuss von Theaterkultur:

➜ 2- bis 4-mal monatlich können mit diesem Ausweis bestimmte Vorstellungen im Schauspielhaus Zürich und im Theater Neumarkt zu einem Rabatt von bis zu 50 Prozent besucht werden.

➜ Für die übrigen Aufführungen gibt es ausserdem einen generellen Rabatt von 10 Prozent (Ausnahmen vorbehalten).

➜ Die Ermässigungen gelten für die Besitzerin oder den Besitzer der MemberCard (Theater Neumarkt) plus eine Begleitperson (Schauspielhaus Zürich).

Jetzt die MemberCard der Schauspielunion Zürich für die Spielzeit 2017/18 bestellen zum Preis von Fr. 15.–. Formular auf www.schauspielunion.ch. Bis 31. Juli 2017.

vpod zürich
Regionalsekretariat

Silvia Carsana
Birmensdorferstr. 67
Postfach 8180

8036 Zürich
Tel. 044 295 30 00
info@vpod-zh.ch

vpod ssp

Impressum

Herausgeber: VPOD

Generalsekretär: Stefan Giger

Redaktion: Christoph Schlatter | *slt*

Sekretariat: Hilde Bigler

VPOD-Zentralsekretariat
Birmensdorferstrasse 67, 8004 Zürich
Postfach 8279, 8036 Zürich
Telefon 044 266 52 52
Fax 044 266 52 53
redaktion@vpod-ssp.ch
www.vpod.ch

Erscheint 10-mal pro Jahr

Satz, Druck und Spedition:
gdz AG, Zürich

Auflage: rund 20 000 Exemplare

Anzeigenregie:
VPOD-Zentralsekretariat
Birmensdorferstrasse 67, 8036 Zürich
Postfach 8279, Telefon 044 266 52 52
Fax 044 266 52 53
hilde.bigler@vpod-ssp.ch

Platzvorschriften unverbindlich

FSC www.fsc.org MIX Papier aus verantwortungsvollen Quellen FSC® C009035

Titelseite: *Foto: czoborraul/iStockphoto*